

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgebiß),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningk, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Belsenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreieckshälfte Petrikirche oder deren Raum 20.-

## Verbandskollegen! Versäume keiner die im Oktober stattfindenden ausserordentlichen Generalversammlungen vvv

Inhalt: Klerus und christliche Gewerkschaften. — Noch einiges vom Parteitag der Sozialdemokratie. — Der Anarchismus und die Gewerkschaften. — Politische Umstöße. — Sozialdemokratischer Parteitag in Mannheim. (Politischer Massenstreit.) — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Masseregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Enttäuschung. Bekanntmachungen der Bauvorstände. Bericht oder Reform der Maurarbeit? Die Organisation der Bauarbeiter in Frankreich. — Zentralraenkasse. — Von Bau: Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionsfehde. — Auslandser Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Gedanken zur hundertsten Wiederkehr des Tages von Jena.

wir uns nun auf katholische Fachabteilungen versteifen, so kann nur erreicht werden, daß wir Katholiken in diesem Punkt hinterbreiten und in der heutigen Arbeiterbewegung einfach ausgeschaltet werden. Ein solches Schauspiel möge man doch der Welt ersparen. Aber nicht allein der Maurerbaukunst würde man verfallen, sondern man könnte es sogar erreichen, daß man in den christlichen Gewerkschaften eine gegen die katholischen Geistlichen einflussreiche Strömung hervorrufen würde."

In demselben Sinne äußert sich in der Passauer Theologisch-praktischen Monatsschrift „Centralorgan der katholischen Geistlichkeit Bayerns“, der Augustinerpater Jordan. Er will „mit den Vorurteilen gegen die christlichen Gewerkschaften unter dem Klerus aufräumen“. zunächst sagt er:

„Die Hauptaufgabe der christlichen Gewerkschaften besteht in der wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes, beginnend mit den arbeitenden Arbeitern, die Fachgenossen sind. Allerdings wurde auch bei den konfessionellen Arbeitervereinen betont, daß sie zur wirtschaftlichen Verbesserung des Arbeiterstandes mitwirken sollen, aber diesellben können diese Aufgabe nur in einem beschränkten Maße erfüllen. Die Hauptaufgabe hierin muß immer von den christlichen Gewerkschaften geleistet werden und ist dies tatsächlich auch der Fall. Es sei daran erinnert, daß in gar vielen Fällen die konfessionellen Arbeitervereine soviel wie nichts leisten können gegenüber einer Lohnbewegung, weil erfahrungsgemäß oft von den Arbeitern irgend eines Betriebes die allerwenigsten zugleich Mitglieder des konfessionellen Arbeitervereines sind. Da tritt an die Stelle des Vereins die Fachgenossenschaft, die gewerkschaftliche Organisation, die Selbsthilfe.“

Die konfessionelle Arbeiterorganisation wird also für die Lösung gewerkschaftlicher Aufgaben als belanglos hingestellt. Aber da ist es doch eine Intonationszücklichkeit, dasselben Aufgaben noch Wert zu legen auf den „christlichen“ Charakter einer Arbeiterorganisation. Muß Pater Jordan im weiteren Verlauf seiner Ausführungen doch selbst zugeben, daß die Betätigung des religiösen Lebens nicht Sache der Gewerkschaft sein könne. Freilich will er die konfessionellen Arbeitervereine nebenbei auch erhalten wissen, und zwar aus politischen Zweckmäßigkeitgründen. Er sagt:

„Die christlichen Gewerkschaften sind ferner in politischer Hinsicht parteilos, d. h. innerhalb der Gewerkschaftsversammlung wird für eine bestimmte politische Richtung nicht agitiert. Bei der Agitation für die politischen Wahlkämpfen aber treten die eingehenden Mitglieder nicht als Gewerkschaft, sondern als Mitglieder eines konfessionellen Arbeitervereins auf. Ob wir nicht eines Tages doch noch aus dem „Turm“ herausgehen und uns mit den politisch gläubigen Elementen des Protestantismus verbünden zu einer einzigen „christlichen Partei“, ist nur eine Frage der Zeit. Über sie wird kommen, diese Partei. Sie wird die Frucht der christlichen Gewerkschaften und ähnlicher interkonfessioneller Vereine sein.“

Es ist eine auf Täuschung berechnete Unwahrheit, zu behaupten, die christlichen Gewerkschaften seien politisch parteilos. Sie haben wer weiß wie oft das Gegenteil bewiesen. Auf eine christliche Partei, wie sie sich Pater Jordan vorstellt, zu hoffen, ist Torheit, zumal da die Masse der katholischen Geistlichen niemals davon ablassen wird, die katholische Arbeiterbewegung ausschließlich für die Interessen der ultramontanen Partei in Anspruch zu nehmen. In diesem Punkte gibt es für den Klerus ganz gewiß keine Teilung mit dem Protestantismus.

Wer den christlichen Gewerkschaften an sich Existenzberechtigung zuspricht, der muß ihnen selbstverständlich auch das Recht eingeräumt, für die Arbeiterinteressen zu kämpfen. Das tut Pater Jordan, und zwar entgegen dem bekannten päpstlichen Aufforderungen, worin

die Streiks als eine „Auflehnung gegen die Ordnung“ verurteilt werden. Er läßt die organisierte Selbsthilfe unter folgenden Gesichtspunkten zu:

„Zu lange Arbeitszeit, zu geringe Abhöhung, ungerechte Behandlung, Einhalten der Feiertage und ähnliche Fälle können den Anstoß geben zu Differenzen zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern. Sind die gestellten Bedingungen gerechtfertigt, dann darf die christliche Gewerkschaft die Erreichung derselben mit allen erlaubten Mitteln anstreben. Bei hartnäckigen Unternehmern wird selbst eine friedliche Verhandlung durch einen Sekretär der christlichen Gewerkschaft abgelehnt werden. Die Vertreter der Arbeiterschaft nehmen dann meist ihre Zuflucht zur Riegerung, die einen einflussreichen höheren Beamten entsendet zur weiteren Vermittlung. Erst dann, wenn eine solche gänzlich erfolglos ist, greift man zur letzten Waffe, zum Streik. Den christlichen Gewerkschaften kann man nicht so bald den Vorwurf machen, daß sie leichtfertig streiken. Es darf erst in den Streik eingetreten werden, wenn der Führer von der Zentrale eingetroffen ist, im anderen Falle ist seine Streitunterstützung zu gewähren. Aber nicht bloß gerecht muß der Grund des Streiks sein, es muß auch Aussicht bestehen auf Erfolg. Sonst würde man sehr unglücklich bestehen.“

Nun, das sind dieselben Erwägungen, von denen die freien Gewerkschaften stets geleitet gewesen sind. In erster Linie gebührt ihnen die Anerkennung, nicht leichtfertig zu Streiks zu schreiten, die christlichen Gewerkschaften haben bis jetzt nennenswerte Proben einer guten Kampftaktik gegen das Unternehmertum noch nicht abgelegt; in jedem großen Ernstfalle waren sie genötigt, sich der Taktik der freien Gewerkschaften anzuschließen.

Über die Stellung des Klerus zu den christlichen Gewerkschaften führt Pater Jordan folgendes aus:

„Vor allem wird verlangt, daß der katholische Geistliche das Organisationsrecht der Arbeiter anerkennt, d. h. das Recht der Arbeiter, sich zu Vereinen zusammenzuschließen oder in (christlichen) Gewerkschaften zu organisieren. Ganz besonders aber, wenn von einem Arbeitgeber gegen die Organisation der christlichen Gewerkschaft in seinem Betriebe Stellung genommen würde, hat der Geistliche die Aufgabe, das Organisationsrecht der Arbeiter zu schützen. Aber nicht bloß theoretisch soll der Geistliche die Verordnung der christlichen Gewerkschaften anerkennen, sondern sie auch praktisch fördern und unterstützen. Wenn wir es dem Geistlichen nicht verargen, sobald er zur Gründung christlicher Bauervereine nicht bloß die Hand bietet, sondern geradezu oft selber die Anregung gibt, oder wenn er den verschiedenen bürgerlichen Genossenschaften seine Kräfte zur Verfügung stellt, dann kann man es nicht als „guten Rat“ bezeichnen, wenn man einem Kontrahenten zumutet, er solle sich nicht um diese schwärmigen Sozialdemokraten kümmern. Es ist darum total verfehlt, wenn ein Prediger auf der Kanzel vor sehr dienen Arbeitern den Ausspruch tut, sie könnten mit ihrem Lohn zufrieden sein, sie sollten mit ihrem Gelde parlament umgehen und nicht zuletzt in das Bierglas schauen. Ich hörte diese Worte selber mit an. Den anstehenden Sozialisten war das ein willkommenes Broden, in ihren Versammlungen konnte man hören, die Geistlichen haben jahrelang herumgetritten und ganze Zeitungen nummeriert mit ihrer Aufklärung ausgefüllt, uns wirkt man ein berechtigtes Streben nach Verbesserung unserer miserablen Lage von der Kanzel herab vor. Ich gestehe, daß es für einen in einer sozialdemokratischen Versammlung anwesenden Geistlichen keine peinlichere Situation geben kann.“

Man sollte nun meinen, Pater Jordan müßte so konsequent sein, zu erklären, daß sich der Geistliche auch im Kampfe, im Streik auf die Seite der Arbeiter zu stellen und sie zu unterstützen habe. Dürkt aber ist er anderer Ansicht. Er meint:

„Die allerschwierigste Stellung hat der Geistliche bei einem Streik. Hier handelt er am besten, wenn er nicht in den Kampf mit eingreift, sondern sich neutral ver-

hält. Vor einem hätte er sich ganz besonders: vor der Stellungnahme gegen die Arbeiter."

Also in der Stunde der Not, im Kampfe, sollen die Geistlichen hörig neutral bleiben, allerdings nicht gerade Stellung gegen die Arbeiter, aber auch nicht für sie nehmen. Das ist in der Praxis immer gleich bedeutend mit Stellungnahme zu Gunsten des Unternehmertums. Was hat den katholischen Arbeitern alle theoretische Anerkennung ihrer Rechte und ihrer Streubungen von Seiten Geistlicher genügt? Nichts, rein gar nichts. Diese "Anerkennung" hat doch nur dazu gedient, sie zu täuschen und vom entschiedenen Kampfe für ihre berechtigten Interessen zurückzuhalten.

Es ist ja begreiflich, daß sich der Klerikalismus gegenüber dem stetigen Anwachsen der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie bemüht, die katholischen Arbeiter an sich zu ziehen. Mit den streng konfessionellen Arbeiter-Organisationen hat er Fiasko gemacht; nun sollen die christlichen Gewerkschaften das Gegengewicht wider die Sozialdemokratie bilden. Auch damit wird man kein Glück haben. Über Konfessionalismus und Klerikalismus hinweg ergreift die freie gewerkschaftliche Organisation immer mehr die Massen der Arbeiter, auch diejenigen, die jetzt noch im klerikalen Lager stehen.

### Noch einiges vom Parteitag der Sozialdemokratie.

Nachdem wir in letzter und dieser Nummer über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratie, betreffend den politischen Massenstreik und die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften, berichtet und dazu einige kritische Bemerkungen gemacht haben, wollen wir heute einen informierenden und kritischen Blick werfen auf den übrigen Teil der Verhandlungen und Beschlüsse, die für unsre Leser von besonderem Interesse sind.

Obwohl der Bericht des Parteivorstandes gedruckt vorlag, erwiesen sich doch noch sehr eingehende und umfassende mündliche Darlegungen der Berichterstatter Pfannkuch und Gerlich als notwendig. Ersterer konnte konstatieren, daß sich die neue Organisation, die durch Beschluss des Jenaer Parteitages geschaffen worden ist, im allgemeinen gut bewährt hat. Die angestrebte stärkere und fester organisiatorische Geschlossenheit der Partei und eine aktionsfähige Zentralleitung ist erreicht worden. Aber die vom Genossen Gerlich gemachten Mitteilungen über die Stärke der Organisationen lassen erkennen, daß die Zahl der Organisierten noch sehr anwachsen muß, um der Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler einzermassen zu entsprechen. Letztere Zahl belief sich vor drei Jahren auf über drei Millionen, während Genosse Gerlich für ganz Deutschland gegenwärtig 384 327 Organisierte oder 12,76 p.ß. der sozialdemokratischen Reichstagswählerstimmen berechnet hat. Am günstigsten ist das Verhältnis in

### Gedanken zur hundertsten Wiederkehr des Tages von Jena.

Hundert Jahre sind verflossen, seit die preußische Monarchie unter dem gewaltigen Stoß des französischen Adelssohnes wie ein Kartonhaus zusammenbrach, und es verloren sich wohl, in dieser Zeit etwas nach rückwärts zu schauen und sich mit der für unsre herrschende Klasse so schmachvolle Katastrophe ein wenig zu beschäftigen, zumal sich die Radikalen jener Männer, die damals durch beispiellose Feigheit und Unehrlichkeit das "Vaterland" in Trümmer und Schande gestürzt haben, heute mehr denn je als die Stützen von Patriotismus und Niedlichkeit aufzuzeigen belieben.

Im Gegensatz zu Frankreich, dessen Bürger die alten Feudalstrukturen, die ihnen ein genügsamer, steuerfreier Adel aufgebüdet hatte, gewaltsam von sich abgeworfen hatten, bestand in Preußen immer noch die krassste Leibesegnlichkeit. Während das Volk in schwerer Kronenschmachtheit und darbte, handelten die deutschen Fürsten und "edlen Herren" genau nach dem Grundsatz: „Ubi bene, ibi patria“ (Wo es mir gut geht, ist mein Vaterland), verteidigten und verschächernd Land und Volk und waren zu allem bereit, was ihren Profit und Vorteil bot. Dies Schwerden charakterisiert sich am besten in den Worten des Napoleonischen Staatsrats Thibaudeau: „Er wisse nicht zu sagen, wer in den Monaten Mai, Juni und Juli 1806 niedergeschlagter gehandelt habe, ob die deutschen Fürsten und der sie umgebende alte Adel, oder die seit 1799 vornehm gewordene Franzosen ohne Ahnen.“

Die allgemeine soziale Rückständigkeit reimte sich so recht mit dem alten Tschauderian im preußischen Heere. Dort warf man zwar mit gewaltigen Präzisen um sich, glänzte mit kostbaren Uniformen und prunkvollen Paraden, im Grunde aber war man so steif und pedantisch, daß alles nur leere Renommansterei war. Im Kerne war das gesamte Staatswesen durch und durch mortisch und faul, die Führer nur groß im Reden; und so wollte man einer Armee entgegenziehen, deren Angehörige lauter freie, für ihr Vaterland begeisterte Männer waren. Der alte preußische Dünkel, der noch aus der friderizianischen Zeit stammte und die Armee für unbesiegbar hielt, wurde von den französischen Bauernjüngern, die ihr Land von

Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen (über 21 p.ß.) mit Recht bezeichnete der Berichterstatter diese Zahlen als nicht befriedigend. Auch von Berlin sagte er, daß es in bezug auf die Organisation durchaus nicht auf der Höhe stehe. Die Erklärung für die organisatorische Rückständigkeit sah er auftreffend in den fast überall bestehenden Schwierigkeiten politischer Art, so besonders darin, daß die Mitglieder bei der Polizei angemeldet werden müssen und die Mitgliederlisten leicht in die Hände der Unternehmer fallen könnten. Auch die schlechte materielle Lage der Arbeiter, „die ohnehin ihrer Gewerkschaft angehören müssen“, zog er in Betracht.

Über die finanziellen Leistungen der Partei sagte Genosse Gerlich, daß sie „außerordentlich hinter den der Gewerkschaften zurückgeblieben sind“. Deutlicher liege das „in der Natur der Sache“, aber doch sei der „Abstand nach und nach zu groß geworden“. Er fügte hinzu:

„Nach der soeben gemachten Rechnung würde die Partei eine Jahresentnahme von M. 138 000 haben. Zum Vergleich will ich von S. G. e. v. e. d. c. f. a. nur eine Zahlstelle anführen. Da hat diese eine Vermölung einer einzigen Gewerkschaft M. 165 700 an reichen Mitgliedsbeiträgen eingenommen. Wir haben im letzten Jahr laut der vorliegenden Rechnung an Beiträgen der Organisationen, Einzelbeiträgen und freiwillige Sammlungen, eingerommen M. 297 841. Die gleiche Gewerkschaft, die ich zum Vergleich herangezogen habe, hat im letzten Vierteljahr M. 386 000 eingenommen. Nun weiß ich sehr gut, daß ganz andere Motive die Mitglieder an die Gewerkschaft ziehen; es steht materielle Interesse, ist zweifellos, aber trocken ist der Kontakt immer noch recht definitiv. Wir hätten alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß der Grundgedanke, der die Partei befehlt bei der Aufstellung des Organisationsstatus, nämlich die Schaffung größterer Einnahmen für die Parteitassen, zur Wirklichkeit wird.“

Wir möchten bemerken, daß sich mit den materiellen Interessen, die mehr als eine Million Arbeiter an die Gewerkschaften ziehen, doch in erheblichem Maße und immer mehr und mehr alle die großen prinzipiellen und idealen Interessen verbinden, die im Geiste des demokratischen Sozialismus wirkende Arbeiterbewegung Rechnung zu tragen hat.

Den Stand der Parteipresse bezeichnete Gerlich als erfreulich. Die Zunahme der Abonnenten auf Parteiblätter betrug im Berichtsjahr 158 638 gegen 58 870 im Vorjahr. Insgesamt hatte die Parteipresse aus Abonnements und Inseraten eine Mehreinnahme von M. 1 016 536. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das, was bei der Parteipresse gelungen ist, auch bei der Parteiorganisation gelingen müsse.

Zu dem Punkt Matzlers referierte Richard Fischer-Berlin im Sinne der Jenaer Resolution, die folgendes befagt:

„Die Matzler ist eine zur Unterstützung der klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration,

diesem Urteil längst gesäuert hatten, gebührend heimgesucht. Die feudale junclerliche Sippe in den langen Schrägen, die in dimidiativen Begeisterung auf den Stufen vor dem Hause des französischen Gefangenen Degen geweckt hatte, sollte es erleben, daß die Folgen dieses Krieges die waren, daß mit ihren mittelalterlichen Privilegien und Vorrechten ganz gewaltig aufgeräumt wurde.

Eine furiose Debatte wurde der Tag von Jena und Auerstedt (14. Oktober 1806). Er öffnete den deutschen Despoten, und Hinterlingen die Augen. Um das Nach der Schande vollzumachen, wettbewerben die preußischen Generale gegenseitig in Feigheit und Verzagtheit. Mit einem Schnupf haben sich die Träger der Namen Kleist, Jüngersleben und Römerberg befriedigt; nur um sich und ihre Güter zu retten, übergeben sie die ihnen untertrauten Festungen. Ihre Feigheit und Unehrlichkeit war so groß, daß sich sogar die eigenen Soldaten dagegen auflehnten und sich die französischen Generale mit Verachtung von ihnen wandten.

Wie in geistiger Verbündung war der preußische Absolutismus immer noch nicht geneigt, die zwischen ihm und dem Volke bestehenden Schranken niederzureißen. Der selbst von den französischen Grenadiere verachtete König von Preußen wußte im Jahre 1809 nichts Besseres zu tun, als eine neue Hofelite vorzuschreiben und eine Anzahl neuer Orden zu stiften.

Wie rauher Herbststurm durch die wellen. Wetter fährt, so fuhr fest der Böllschiefer des Testaments der französischen Revolution durch Deutschland, zertrümmer überall das alte Lebensverhältnis und machte das Volk erst dentfähig. Die Früchte dieser Saat sollten sich erst später in den rheinischen Bauern- und den schlesischen Weberaufständen zeigen. Von dem freudigen Erbauer hatte das deutsche Volk mehr zu erwarten, als von seinen diversen „angekommenen Fürstenbürgern“. Als ein Reformator wollte eribilisierte Zustände in den von ihm unterjochten Ländern einrichten. Mehr und mehr lärmten sich die Untertanen über den „forsischen Despoten“ auf. Als Völge lassen wir hier einige seiner eigenen Aussprüche folgen: „In Friedenszeiten werde ich alle Souveräne dahin bringen, daß sie kein anderes Militär mehr als ihre Garde haben. Ich werde die Nationalgarde so organisieren, daß jeder Bürger im Notfall seinen Posten kennt. Dann würde man in Wahrheit eine festgemauerte Nation haben, die wohl alle

deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Klassen-Demonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterschaft ein Anfang sein, von der Durchführung der Matzler abzuhängen. Zu Übereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die wichtigste Form der Freiheit. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeitervororganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit ist der Arbeitsruhe vorzuhaben, ist die Arbeit ruhen zu lassen.“

Diese Resolution ist in Jena einstimmig angenommen worden. Der Referent bemerkte u. a.:

„Als wir im vorigen Jahre in Jena die Frage der Matzler besprachen, da standen wir unter dem Eindruck, daß zwischen Partei und Gewerkschaften über die Form der Matzler und ihrer Charakter Meinungsverschiedenheiten obstanden. Wir haben deshalb in Jena nach einem ausführlichen Referat eine längere Diskussion gehabt. Dies Jahr, glaube ich, liegt zu längeren Ausführungen kein Anlaß vor. Soweit Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, sind sie durch die Jenaer Resolution beigelegt. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften seit einer Reihe von Jahren auf dem Standpunkt standen, den sie auch in Jena betonten, sich in der Matzlerfrage solange bedingungslos den Beschlüssen der Partei zu unterordnen, bis eventuell ein nächster internationaler Kongreß zu einer neuen Form definitiv Stellung genommen hat. Die Gewerkschaften werden nach ihrem bisherigen Wunschen zu schließen, auf dem nächsten internationalen Kongreß in Stuttgart diese Frage von neuem zur Beratung bringen. Da, wie gefragt, zwischen Partei und Gewerkschaften keine Meinungsverschiedenheiten obstanden, können wir uns dieses Jahr damit begnügen, daß wir die Jenaer Resolution unverändert wieder annehmen.“

Diesem Vorschlag wurde unter Ablehnung einiger Abänderungsanträge entsprochen. Einer dieser Anträge, gestellt von der Parteigenossenschaft Vielesfeld-Wiedenbrück, ging dahin, der Parteitag möge es als eine Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen erachten, sich den von den maßgebenden Instanzen der gewerkschaftlichen Organisationen in Bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai gefassten Beschlüssen unterzuordnen.

Ein anderer Antrag, Telton-Beestow-Charnottenburg, wollte bestimmt wissen:

a) Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften ins Vereinnehmen zu sezen über die Art der Matzlerbeschlüsse, damit Differenzen wie in diesem Jahre beim Metallarbeiterverband vermieden werden, um die Matzler der Zukunft einheitlicher und mächtiger gestalten zu können.

b) Der Parteitag verpflichtet die örtlichen Wahlvereinsvorstände, zwangs Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit den örtlichen Gewerkschaftskommissionen rechtzeitig in Verbindung zu treten.

c) Die Genossen, die am 1. Mai troß eines regelrecht gefassten Gewerkschaftsbeschlusses arbeiten, sind auf Antrag aus der Partei auszuschließen.

Jahrhunderte und alle Menschen herausfordern könne... Solange man sich in Europa schlägt, wird es stets ein Brüderkrieg sein. Wo heute gab's in der Welt nur zwei Gewalten, die militärische und die kirchliche. Ich will die bürgerliche Ordnung konstituieren... Die höchsten Militärs werden sich noch geehrt fühlen, wenn sie denselben Orden tragen dürfen wie Gelehrte und Schriftsteller.“ Auch seine Gedanken über Erziehung mögen heute in der Zeit, wo die Finsterlinge die Volkschule mehr als je an sich zu reißen versuchen, hier Erwähnung finden: „Wer nur Böller betragen und lediglich zu seinem Vorteil herrschen will, will sie in Unwissenheit erhalten. Je aufgeläuteter das Volk, desto mehr Denkte überzeugen sich von der Notwendigkeit der Ordnung. Sollte je Auflösung der Menge schädlich werden, so kann dies nur eintreten, wenn die Regierung in offener Feindschaft gegen das Volksinteresse, es in erzwingener Untertänigkeit zurückdrängt, oder die unteren Klassen zum Elend hinabtreibt.“ — So hat der Mani gesprochen, den man als den Despoten brandmarkt.

Fürwahr, ein Despot war er, aber nicht über Völker herrschte sein Despotismus, sondern über die eigentlichen Despoten, die sich in der Anerkennung des eigenen Volkes nur genug tun konnten, schwang er seine Keile und trieb sie zu Bären. Und wie alle feigen Kreaturen des christlichen Gottesgnadentums, die „allhergebrachtes Recht“ und historischen Wahn vor den recht und redlich verteidigenden Untertanen“ schützt, zu Kreuze fischen, wenn einmal von dem Flechte „das mit uns geboren“, Gebraucht gemacht wird, so leben es auch die von Napoleon gerichteten „weltlichen Stellvertreter Gottes“, speziell die Deutschen, und zwar in geradezu kleinerregender Weise.

Wie einer der edelsten Patrioten, der erste Sekretär des Freiherrn von Stein, Ernst Moritz Arndt, über die Stellung des Militärs gegenüber den deutschen Fürsten dachte, möge hier noch Erwähnung finden. In seinem „Soldatenstaatsismus“ heißt es: „Wann ein Fürst etwas verlangt, was dem nationalen oder göttlichen Gebote widersetzt, so müssen sie dem Recht und der Wahrheit widersetzen. Lieber zerstreue er seinen Degen, ehe er etwas tut, was gegen Recht und Wahrheit ist... Es war eher deutsch, ehe er von seinen Fürsten etwas wußte. Du bist ein Mensch auch in der Uniform.“ Bei diesen Worten wird man sich lebhaft an moderne Bilate-

Der Referent machte gegen diese Vorschläge folgende Einwendungen:

"Visher suchten wir immer eine gegenseitige Vereinbarung herbeizuführen; jetzt soll ausgesprochen werden, daß allein die gewerkschaftlichen Organisationen über die Partei zu befinden haben und daß die gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen sich dem fügen müßten. Aber, wenn zwei verschiedene Beschlüsse vorliegen? Man braucht nur diese Frage aufzuwerfen, um einzusehen, daß man den Antrag ablehnen muß. . . . Die Differenzen im Metallarbeiterverband in Berlin sind Sache der Partei; der Parteitag hat sich damit nicht zu beschäftigen. Über Punkt b haben wir schon bei dem vorhergehenden Punkt entsprechende Diskussionen geflossen, und Punkt c wirft ganz verschiedene Dinge durcheinander. Was die Gewerkschaften mit den Mitgliedern machen sollen, die ihnen Beschlüsse nicht folge leisten, ist Sache der Gewerkschaften und nicht der Partei. In erster Linie müssen die Gewerkschaften dafür sorgen, daß Disziplin in ihren Reihen herrscht, und glauben sie dazu der Unterstüzung der Partei zu bedürfen, so muß man von Fall zu Fall entscheiden. Aber wir könnten nicht beschließen, daß jemand, der einen Beschluß seiner Gewerkschaft nicht respektiert, aus der Partei ausgeschlossen werden muß. Denn dadurch würden wir ja die Gewerkschaft als eine Instanz hinstellen, die über der Partei steht."

Von seiten des Bielefelder Delegierten Sieveking wurde entgegnet:

"Die Anregung zu unserem Antrag kam nicht von einem Gewerkschaftsbeamten, sondern von einem Genossen, der sich in ihrer Regierung in der Partei befindet. Ob die Möglichkeit zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai vorhanden ist, darüber kann nicht die politische Organisation entscheiden, sondern nur die Gewerkschaften. Nicht aus finanziellen Gründen haben wir den Antrag gestellt, sondern um unsere Kollegen nicht in einen Gewissenskonflikt hineinzutreiben. Dass es an Entschlossenheit für die Arbeitsruhe am 1. Mai zu kämpfen bei den Gewerkschaftsmitgliedern fehlt, kann wohl niemand sagen, aber die Hauptfahne ist und bleibt doch die Organisation in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht."

Dass es auf dem Parteitag zu weiteren Auseinandersetzungen in der Maisterfrage nicht kam, ist kein Fehler. Differenzen darüber, wie diese Feier zu begehen ist, bestehen ja tatsächlich immer noch; sie bezüglich wird Aufgabe des nächsten internationalen Kongresses sein. Über letzteren erstattete Genosse Singer ein Referat auf Grund folgender von ihm vorgelegten Resolution:

"Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, den im Jahre 1907 zum ersten Male in Deutschland stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongress zur Bekundung ihrer Solidarität mit den Arbeitern aller Länder zu besuchen."

Um eine Überfüllung des Kongresses deutscherseits zu vermeiden, beschließt der Parteitag, die Höchstzahl der deutschen Delegierten auf 150 Personen festzulegen, überlässt dem Partivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission die Verteilung der Mandatszahl auf die Landesbezirk, Provinzialsorganisationen und erachtet die Generalkommission der Gewerkschaften, dafür zu warten, daß die Gewerkschaften auch keine höhere Anzahl Delegierte nach Stuttgart entsenden."

Der Referent begründete diesen Vorschlag in längerer Rede. Er führte u. a. aus:

innern. Freilich, auch dem Arndt hat das offizielle Gottesgründement „die Zunge ausgedröhnt“, um mit Heinrich Heine zu reden. In den späteren Auflagen des „Soldatenfachismus“ hat man diese Stellen ausgemerzt.

Als man nun eingesehen hatte, daß man den freien Truppen des Imperators keine in harter Fronte schnadende preußischen Brüder gegenüberstellen konnte, brachte es der König fertig, unter allerlei Versprechungen das Volk zum Kampf zu begeistern. Verpflichtungen, die nachher zum Teil überhaupt nicht gehalten wurden (wie die Verleihung einer Verfassung, die erst 85 Jahre später erfüllungen werden mußte), oder zum Teil so erfüllt wurden, daß das Volk mehr Schaden als Nutzen davon hatte (wie die Bauernbefreiung usw.). Die Kämpfer, die Befreiungskriege hatten geplänt, nach dem Kriege eine fröhliche Luft in Deutschland atmen zu können. In dem Gedanken, ein freies, glückliches Vaterland zu schaffen, schlügen sie den „fremden Despoten“ hinzu; doch, was als König aus der Asche stieg, rafften wieder die durch diese Kriege berühmt gewordenen edlen Nachfahren des ostfälischen adeligen Begleiter und Städteplünderer zusammen. Im Laufe der Jahre setzte die Reaktion schärfer ein als je, und wie Junier und Schloßbarone das Volk ausschließen, dafür zeugen am besten die schlesischen Hungersnoten.

Hundert Jahre sind seitdem vergangen. Das deutsche Proletariat hat keinen Grund, den Tag von Jena in Erinnerung zu begehen, im Gegenteil. Über den vornehmen preußischen Adel muß am diesem Tage die Schamröte ins Gesicht steigen; steht doch das, was ihre Väter damals taten, in der Weltgeschichte so ähnlich einzig da.

Hundert Jahre sind ein langer Zeitraum, aber das Regiment des volksverräterschen Junkertums macht sich älter denn je bemerkbar. Was man einst gewollt nahm, das bekommt man heute von einer alzzeit willfähigen Regierung in den Schoß geworfen. Früher konnte es zumeist passieren, daß solch ein adliger Strauch die den Kopf in die Schlinge halten mußte, wenn er bei seinem Handwerk gefasst wurde, heute braucht er seine Haut nicht mehr zu wagen. Die großen Renommierstücke von 1808 haben ihre wachsenden Nachkommen in der Juntersippe von anno 1906.

J. Kl.

„Es ist ganz eckhartisch, daß die Tatsache, daß im nächsten Jahre zum ersten Male ein internationaler Kongress auf deutschem Boden tagen wird, die Neigung zur Begehung dieses Kongresses in Deutschland wesentlich stärken wird. Ich glaube nicht irre zu geben, wenn ich annnehme, daß Deutschland mit großem Interesse diesem Kongress entgegensteht, und daß die deutschen Arbeiter, sowohl die politisch wie die gewerkschaftlich organisierten, sehr geneigt sein werden, die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften dort möglichst stark vertreten zu sehen. Nun aber glaube ich, daß wir durch eine zu große Zahl der deutschen Delegierten die Arbeit des Kongresses eher beeinträchtigen als fördern würden. Wir müssen deshalb zum Beispiel, daß wir dafür sorgen, daß der Kongress alle Arbeit erfüllen kann, die Wünsche auf Begehung des Kongresses in einem gewissen Umfang einfrachten. . . . Dieser Vorgang ist nicht neu in der Geschichte der internationalen Kongresse. Ich weiß darauf hin, daß die Schweizer Genossen, als der internationale Kongress in Zürich tagte, in derselben Weise vorgegangen sind, ebenso die französischen Genossen in Paris, und die belgischen in Brüssel. Ich glaube, die Zahl, welche wir geprägt haben, ist hoch genug, um auch das höhere Interesse, welches der Kongress bei den deutschen Genossen erzeugen wird, zu befriedigen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß bei den bisherigen internationalen Kongressen die Deutschen gewöhnlich Gewerkschaft und Partei zusammen, etwa 70–80 Personen waren, so glaube ich, daß wir mit der Gesamtzahl von 300, die wir Ihnen vorschlagen, auch höhere Ansprüche zu befriedigen im Stande sind. . . . Daselbst Interesse, welches wir an der Einschränkung haben, wird auch bei den Gewerkschaften vorhanden sein, und sie werden begreifen, daß wir den Wunsch haben, auch auf diesem Boden mit den Gewerkschaften gemeinsame Sache zu machen und hoffen wir, daß die Gewerkschaften ebensoviel dieser Kontingenzierung anstellen. Wir sind selbstverständlich nicht in der Lage, einen der Gewerkschaften verpflichtenden Beschluß zu fassen. Es fällt uns auch gar nicht ein, so anmaßend zu sein, daß wir den Gewerkschaften vorschreiben wollen, was sie zu tun haben; davon kann gar keine Rede sein. Aber ich glaube den Wunsch ausdrücken zu dürfen, daß die Generalkommission bei den Verbänden unseres Vorschlags beantwortet. Das ist unserer guten Recht und in dem vorliegenden Falde unsere Pflicht, und wir dürfen uns um so mehr der Hoffnung hingeben, daß auch die Gewerkschaften dieser Auflösung beitreten, als wir mitteilen kann, daß die Generalkommission, die wir uns gewünscht haben, prinzipiell dem von uns vertretenen Standpunkt beitritt, aber noch nicht in der Lage ist, einen definitiven Beschluß zu fassen, weil sie den Vorständen der Verbände diese Frage zur endgültigen Entscheidung vorlegen muß. Wir müssen uns für heute damit begnügen, den Wunsch auszudrücken, daß auch die Generalkommission unserer Auflösung beitrete, ihrerseits die Schritte zu tun, die nötwendig sind, um einen solchen Beschluß der Gewerkschaftsverbände herbeizuführen.“

Die Singersche Resolution wurde einstimmig angenommen. Wir erachten, daß gegen sie prinzipiell nichts einzuwenden ist und daß sich eine Verständigung mit den Gewerkschaftsverbänden wohl wird erreichen lassen. Die Gründe für die Beschränkung, die Genosse Singer entwickelt hat, sind gewißlich genug berücksichtigt zu werden.

Die von Clara Zetkin und H. Schulz erfaßten umfangreichen Referate über „Sozialdemokratie und Volkerziehung“ bieten mancherlei gute Anregungen. Wir werden uns näher mit Ihnen beschäftigen. Zur Abstimmung über eine von den Referenten vorgelegte Resolution kam es nicht. Der Parteitag beschloß, die ganze Angelegenheit einem Bildungsausschuß von sieben Personen zu überweisen; auf einem späteren Parteitag soll sie weiterberaten werden.

Von großer Bedeutung und Wichtigkeit ist das Referat, das der Genosse Rechtsanwalt Haase-Königsberg über „Strafrecht, Strafsprozeß und Strafvollzug“ erstattete, gipfelnd in einer vernichtenden Kritik der Klassenjustiz. Wir werden darauf zurückkommen.

Alles in allem nahm der Parteitag einen guten, befriedigenden Verlauf. Der nächste Parteitag soll in Essen stattfinden. Möge sich bis dahin die volle Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften herausgestaltet haben zum Segen für die Arbeiterklasse!

**Der Anarchismus und die Gewerkschaften.**  
 Aus: Sozialdemokratie und Anarchismus. Von W. Herzberg.)

Die erfahrene anarchistische Kritik ist eine besonders schlimme Gefahr für die Gewerkschaften. Zwar gab es eine Zeit, wo der Anarchismus die Gewerkschaftsbewegung aufs schroffe und zwar mit jämmerlichsten Grüinden des Unternehmenskampfes bekämpfte. Proudhon sagt in der „Philosophie des Elends“: „Ich finde in einem von Herrn Leon Daudet . . . im September 1845 veröffentlichten Artikel, daß die englischen Arbeiter seit einiger Zeit sich weniger mit Koalitionen abgeben, — sicherlich ein Fortschritt, zu dem man ihnen nur Glück wünschen kann.“ — „Der Streik der Arbeiter ist illegal, und es ist nicht nur das Strafgesetzbuch, welches das verbietet, sondern auch das ökonomische System, die Notwendigkeit der bestehenden Ordnung . . . . Daß jeder einzelne Arbeiter freie Verfügung über seine Person und seinen Arm hat, kann gebuhlt werden; aber daß die Arbeiter mittels Koalitionen dem Monopol Gewalt angetun, sich erfreuen, kann die Gesellschaft nicht zugeben.“ Aber jetzt zeigt der Anarchismus gegen die Gewerkschaftsbewegung ein anderes Gesicht, natürlich nicht um ihrer selbst willen, sondern um sein mageres Supplien am Feuer der Gewerkschaftsbewegung zu wärmen. Zu diesem Zwecke hat er sogar seine Organisationsfeindlichkeit fallen lassen.“ Als Mangel einer Organisation war auch keine planmäßige Agitation da und infolgedessen konnte die anarchistische Idee nicht ihre gebräuchliche Ausbreitung finden“ . . . „Mit der Fortführung des heutigen Systems muß unabdinglich gewechselt werden, wenn wir nicht dauernd dem Blüte der Lächerlichkeit verfallen wollen.“ Aber die Anarchisten erwiesen sich auf Schritt und Tritt als Feinde der deutschen Gewerkschaftsstadt. Das geht so weit, daß sie von der gesetzlichen Einführung des Achtfurdentages, der Hauptförderung der internationalen Maidemonstration, nichts wissen wollen. Nehmen wir einmal an, das Parlament bestimme, daß der Arbeitstag hinfest nur zehn, neun oder acht Stunden dauern sollte. zunächst ist dann zu bemerken, daß es unmöglich ist, alle Arten von Arbeitsbetrieben in ein und dieselbe Regel zu zwängen, und daß es natürlich auch nicht angeht, neben jedem Arbeiter oder in jedem Arbeitsbetrieb einen Polizisten zu stellen, der streng darüber wacht, daß die gesetzlichen Vorschriften auch genau innegehalten werden. Außerdem gibt es Regierungen, denen an der strengen Durchführung von Gesetzen, sobald dieselben den Arbeitern zu gute kommen, nichts gelegen ist. Von Gesetzen hat das Proletariat in keinem Falle Förderung seiner Bestrebungen zu erwarten. Aber selbst, wenn so ein Gesetz, das die Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag beschränkt, strikt durchgeführt würde, so könnte nichts die Unternehmer dazu anstreben, für die acht Stunden geleistete Arbeit denselben Lohn zu zahlen, welchen sie früher bei zehn- und zwölfstündiger Arbeitszeit gezahlt hatten. Und wenn man einen durchaus abgeschmackten Gedanken als durchführbar annehmen wollte, und voraussetzte, daß auch der Lohn für alle Arbeitsarten gesetzlich festgelegt werden könnte, so bleibe immer für den Kapitalisten noch die Möglichkeit offen, durch Verschlechterung der Qualität seiner Waren seinen bisherigen Profit auch weiter einzuhallen. Und dann: es wären eine Unzahl von Ausführungsgesetzen und Verordnungen, von Aufsichtsbeamten und sonstigen Angestellten, von Prozeß und Verurteilungen nötig, um ein einziges Gesetz der vorerwähnten Art zu Gunsten der Arbeiter durchzuführen. Solche Gesetze werden aber niemals gegeben werden, kein Parlament, kein Abgeordneter — auch kein sozialistischer — würde dafür zu gewinnen sein.“ Dieser entseelige Gallimathias produziert, um die parlamentarische Vertägung zu vereilen,zeugt davon, welche Dorniertheit und Unwissenheit sich unter den Anarchisten breitmachen kann, ohne irgendwo von ihnen angefochten zu werden. Merklos Schrift ist in den Schriftenverzeichnissen der anarchistischen Presse ständig angeführt.

Auso von den bisher der Gewerkschaftsbewegung gestellten Aufgaben wollen die Anarchisten nichts wissen. Sie haben neue für sie in Bereitschaft: „Das Ziel, das wir streben, die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, wird nur verwirklicht werden können durch, daß die Berufsverbände, die Gewerkschaftsorganisationen, Träger der Produktion werden. Die Berufsverbände tragen heute schon die Keime der neuen Gesellschaftsordnung in sich.“ Im Erfolg dieser Idee verlangen sie von den Gewerkschaften: „Es gilt, die Arbeiter zur Eigenorganisation von Produktion und Distribution, von selbstständiger Erzeugung und Verteilung der Güter aufzurufen und zu schulen.“ Mit welchen Mitteln die Anarchisten diese Schulung zur Produktion und Distribution erreichen wollen, das haben sie bis jetzt in Geheimnis gehüllt. Vorläufig sind die anarchistischen Lehrer noch um einiges, wie sie den Gewerkschaften bekommen wollen. Die einen wollen lokale Gewerkschaften gründen, andere wollen in die bestehenden Lokalorganisationen hineingehen, um dort für ihre Gedanken Anhänger zu gewinnen, noch andere wollen dies durch Eintritt in die zentralistisch organisierten Gewerkschaften bewerkstelligen. Die Berliner lokalen Gewerkschaften haben ja bekanntlich Gehörtschaffendienste beim Anarcho-sozialismus geleistet, und ihre Führer gehen als Sendboten dieser anarchistischen Varietät ins Land.

Selbstverständlich ziehen die Anarchisten, um die Gewerkschaftstatistik herunterzurütteln, im besondern und im allgemeinen gegen die Gewerkschaftsführer zu Felde. Die unablässbare, durch den großen Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften bedingte Notwendigkeit, die Geschäfte der Organisationen, die von Arbeitern im Nebenamt nicht mehr ausgeführt werden können, fest angestellten Beamten im Hauptamt zu übertragen, übergehen die Anarchisten bei ihrer Vorliebe für die Verachtung von Tatsachen mit der üblichen Gebanferlosigkeit und Leichtfertigkeit. Sie kennen dem Beamtenamt nur Fehler. „Bei Konflikten mit dem Unternehmertum blieb die Initiative nicht mehr Sache der Arbeiter, sondern ging in die Hand ihrer Vertreter über. Da diese in der Hauptstädte Beamte der Organisation und dem unmittelbaren Druck des Kapitalismus nicht ausgesetzt

sind, neigen sie nur zu sehr zu friedlichen Auseinandersetzungen, bei denen die Arbeiter immer bedeutend von ihren Forderungen zurückstehen müssen. Der Kampf wird zu vermeiden gebracht, um die Rassen der Organisationen zu schonen. So sehen wir gegenwärtig die Arbeiterbewegung, sowohl die politische wie den größten Teil der gewerkschaftlichen, in den Händen einer bürokratischen Vertreterchaft.<sup>47</sup> Das ist die gut bürgerliche Vorstellung von der von Führern geleiteten Schäferde. "Die Führer der Gewerkschaften sind in der anarchistischen Presse Schmarotzer und Viehbediener, die nur ihr fertiges, allemal nach der Ansicht der Mehrheit redendes Maulwerk an ihren Posten gebracht hat." So kommen fast durchgängig — das es Ausnahmen gibt, ist selbstverständlich — Männer an die führenden Stellen, die nichts weniger als manhaft sind. Sie haben sich das Vertrauen der Menge erschlichen. Haben sie es dabei mit deren Überzeugung nicht ernst genommen, um nur im eigenen Interesse einen Posten zu erwischen, so lassen sie sich, wenn sie sich an die Führung geschwungen haben, völlig rücksichtslos vom eigenen Interesse leiten." Die Führer halten die Arbeiterschaft von blutigen Zusammenstößen ab aus Feigheit vor den Folgen, die sie für sie selbst haben könnten. "Für diese Fälle fürchten die sich gern die 'verantwortlichen' nennenden Führer tatsächlich zur Verantwortung gezogen und von der Rache der Besiegten getroffen zu werden." Dieser Umstand allein gibt über das Verhalten der Arbeiterführer bei allen großen wirtschaftlichen Kämpfen völlige Aufklärung und zeigt uns, aus welchem Holze diese Generale des Arbeiterheeres geschmiedt sind. Sie, die unablässig höhnen und schimpfen auf die 'verrottete Bourgeoisie', stehen tatsächlich tief unter dem moralischen Niveau der Bourgeoisie: innerhalb dieser Bourgeoisie würde allgemeine Verachtung dem General, den Heerführer treffen, der im Augenblide der Gefahr als durch vor Schaden seine Armeen zur Flucht zwingt." Sorgsam registriert die anarchistische Presse jeden verloren gegangenen Streit und beweist nach Schema F mit sorgfältiger Geringfügigkeit aller Umstände, daß die Führer daran schuld sind. Die Crimmitzauer Webausprägung, der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier, überhaupt alle Streiks, die aus lastigen Rücksichten abgebrochen werden mußten, müssen dazu herhalten, das Schlußbuch der korrupten Führer zu vergroßern.

Diejenigen, die die Dinge nur von der Oberfläche her kennen, werden fragen: "Ja, was wollen denn die Herren? Wie sollte denn in allen jenen Fällen gehandelt werden?" Sehr einfach, sagt der Anarchist, es wird unter allen Umständen gestreift, weitergestreift, generalgestreift! Für die Anarchisten existieren alle die natürlich kleinen Bedenken der besonnenen Gewerkschaftsstatistik nicht; sie rufen nur gleich dem Patriarchen in Lessings "Nathan": "Tut nichts, es wird gestreift!" Ist genügend Geld da, um die Streitenden über Wasser zu halten? — Tut nichts, es wird gestreift! — Wielte die Zahl der Organisierten unter den in Frage kommenden Arbeitern die Gewähr, daß die Streitenden nicht in einer den Erfolgs gefahrdenden Anzahl zu Streitbrechern werden? — Tut nichts, es wird gestreift! — Ist die Konjunktur des Arbeitsmarktes dem Streit günstig? — Tut nichts, es wird gestreift! — Widerrät die Lage des Warenmarktes einem Streit? — Tut nichts, es wird gestreift! Es muß gestreift werden, und zwar bis zum Weißbluten, gleichviel, ob man mit absoluter Genauigkeit den für die Arbeiter ungünstlichen Ausgang voraus sieht oder nicht. Wie eine Idee treibt die Anarchisten ihr Streitwahn, ihr perverber Glaube an die Allmacht des Streits. Der Streit gilt ihnen als das revolutionäre Mittel par excellence, und da sie die Gewerkschaftsbewegung „revolutionär“ ungestalten wollen, wollen sie ihr dieses allein befähigende, allein revolutionäre Mittel aufdringen. Diese mechanische Tatsit, wenn man da überhaupt von Tatsit sprechen kann, hat für die indifferenten und rücksländigen, eben in die Arbeiterbewegung eingetretene Elemente entschieden etwas Bestechendes. Für den Verstand, der vor der sozialen Lage der Arbeiterklasse noch kaum eine Ahnung hat, ist es sehr einleuchtend, wenn man ihm die primitive Tatsit dieses ungeschlachten Arbeitshinwendens predigt, und in der Tat ist es den Anarchisten gelungen, bei solchen ABC-Schülern der Arbeiterbewegung Erfolge zu erzielen.

Da sollten gleichsam durch Hasareni in das Unternehmerräder hinein gewerkschaftliche Forderungen der Arbeiter durchgetragen werden. Nur in sehr wenigen Fällen sind diese gewerkschaftlichen Kaballerieattaccesen vom Erfolg begleitet gewesen, der indessen nicht ihnen, sondern den übrigen Umständen (Konjunktur usw.) zu danken war. Ein, zweimal sind sie gescheitert, aber dann haben es die Arbeiter, die sich durch die anarchistischen Präßbänkereien betören ließen und sie nachmachen wollten, bitter bereuen müssen, daß sie die Warnungen ihrer Gewerkschaftsführer achilos in den Wind geschlagen hatten. An sich wäre es ja von grossem Nutzen, wenn das schlimme Ende solcher planloser Aktionen die anarchistischen Schreier um ihren Kreis brächte. Leider hat aber die Masse der Arbeiter die Kosten dieser trüben Erfahrungen zu tragen, und schon darum handeln die Gewerkschaften in berechtigter Notwehr, wenn sie sich die An-

archisten vom Leibe halten. Es ist ein schwerer Irrtum, wenn man glaubt, die Gewerkschaftsbewegung sei der neutrale Boden, auf dem man mit den Anarchisten zusammenarbeiten könnte. Da, wo es dem Anarchismus gelang, einen Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten, hat er nur Bezwirfung in die Reihen der Arbeiter gebracht. In den Ländern, wo er besonders festen Fuß in den Gewerkschaften gesetzt hat, beginnt die Arbeiterschaft, sich seinem zersetzenden Einfluß zu entwinden. Der Anarchismus besorgt auch in der Gewerkschaftsbewegung die Geschäfte der Gegner, der Kapitalisten. Er fört nicht nur die Organisation der Gewerkschaften, sondern würde sie, wenn man ihr gewähren ließe, zerstören.

<sup>1</sup> Marx, "Das Blatt der Philosophie", Stuttgart 1895, Seite 158.

<sup>2</sup> Ebenda, Seite 158.

<sup>3</sup> "Der freie Arbeiter", Nr. 23, 1906.

<sup>4</sup> Merino, "Weshalb wir Anarchisten sind", Seite 19/20, Friedberg, "Parlamentarismus und Generalstreit", Seite 23.

<sup>5</sup> "Politische" Gewerkschaften oder sozialistische? "Der freie Arbeiter", Nr. 33, 1905.

<sup>6</sup> Generalstreit, Seite 11.

<sup>7</sup> "Partei und Gewerkschaftsführer wider die Arbeiterschaft", "Der freie Arbeiter", Nr. 3, 1906.

<sup>8</sup> "Der freie Arbeiter", ebenda.

und doch nie daran gedacht, ihm den Stuhl vor die Türe zu setzen. Und dieser Graf gehört zu den Leuten, die die „christlichen“ Arbeiter zu ihren politischen Führern erkoren haben!

\*  
Die Bergleute des Muhrgebietes melden sich wieder. Nachdem sich die Siebenkommission schon in verschiedenen Zusammensetzungen mit der Lohnfrage beschäftigt hatte, ist sie am 5. Oktober zu einem abschließenden Resultat über die Art des Vorgehens gekommen. Es wird darüber gemeldet: Die Siebenkommission hielt am 5. Oktober eine Sitzung ab, um formelle Becluss zu fassen hinsichtlich der Lohnfrage. Sämtliche Vertreter der fünf Bergarbeiterverbände, die zusammen 220 000 Mitglieder umfassen, wurden sich einig, für alle deutschen Bergbauereiwerke eine fünfzehnprozentige Lohnherabholung zu fordern. Die Forderungen werden gemeinsam durch die Verbände an die Organisationen der Bergarbeiter und an die einzelnen Grubdirektionen gerichtet. Den einzelnen Verbänden bleibt es außerdem überlassen, die Arbeiterauschüsse zur Unterstützung dieser Forderung zu bewegen.

\*  
Gewerkschaften und Sozialdemokratie als Vorbild und Nutzen. In dem Trierischen Zentrumsblatt vom 28. September 1906 ist zu lesen:

"Die im Deutschen Reich bestehenden Einrichtungen zur Erteilung von Rechtsauskunft usw. an Minderbemittelte und Arbeiter zeigen noch ein sehr wenig einheitliches Organisationsbild; leider möchte man im Interesse der guten Sache hingestehen. Nebenwiegend ist das hier einschlägige soziale Arbeitsgebiet noch der gewerkschaftlichen Organisation und somit der Sozialdemokratie überlassen."

Das Bonner Zentrumsblatt, die "Deutsche Reichszeitung", findet die Errichtung eines katholischen Arbeiterssekretariats für Bonn und Umgegend mit folgenden Worten an:

"Die industrielle Entwicklung in Bonn und Umgegend, das wachsende Bedürfnis nach Bildung und Erziehung der Volksmassen, insbesondere den kleinen Deute in Stadt und Land, auf sozialem, politischem und apologetischem Gebiete, das Anwachsen der sozialdemokratischen Organisation und Agitation auch in den hiesigen Bezirke, machen es notwendig, daß Bonn und Umgegend ein katholisches Arbeiterssekretariat errichtet wird."

So wie es hier ist, ist es überall. Man sucht den Gewerkschaften resp. der Sozialdemokratie ihre Einrichtungen ab, ahmt sie nach und brüstet sich dann mit der "positiven Arbeit". Sämtliche sozialdemokratische Arbeiterbewegung nicht mit der Errichtung dieser Sekretariate begonnen, die Zentrumsredaktionen gar nicht daran. Aber sie zwingt sie der Selbstverhältnisstrick dagegen.

\*  
Christliche Ehrenpflichten. In Haidhausen war vor kurzem folgendes Plakat angeschlagen:

"Arbeiter, behordest ihr Arbeiterfrauen! Meidet die Kramerei von Habschädeln. Der selbe leicht Streitbrecherdiener bei der Firma Schneider und fällt dadurch meuchlerisch seinem eigenen Bruder, dem Ernährer einer acht-, sage achtzigjährigen Familie, in den Rücken."

Der ultramontane "Bayerische Kurier", das führende Blatt der bayerischen Zentrumspartei, mußte zu melden, daß die genannte Kramerei infolge des Plakats einen bedeutenden Aufschwung in der Gunnahre erlitten habe, und gesinnungsläßig schreibt nun das Zentrumsblatt:

"Es ist selbstverständlich Ehrenpflicht der christlichen Arbeiterschaft, den Brotlopten der roten Weltverbesserer durch fleißige Frequentierung des boykottierten Geschäftes zu schanden zu machen."

So erniedrigt sich das führende Zentrumsblatt selbst zum verachtungswürdigen Streitbrecherorgan.

\*  
Geld sinkt nicht! Diesem Grundsatz huldigen wie seit der älteste frischer Lippeleiter seufzt, männlich defant ist, viele unserer sogenannten Staatsmänner. Besonders erfreuen sich die Lantien und andere Vergilfungen für die aufreibende Tätigkeit als Russischrat großer Beliebtheit. Zu diesem Kapitel schreibt die "Kölner Volkszeitung": "Es hat in Abgeordnetentreffen im letzten Winter höchst eigenartig berichtet, daß ein höherer Marineoffizier, der mehr als M. 12 000 Pension bezieht, sofort in den Aufschwung der Köln-Nottweiler Pulversfabrik eintrat. Der betreffende Offizier braucht dabei während seiner Amtstätigkeit mit der Erfahrung von Pulver gar nichts zu tun gehabt zu haben — wir wissen das nicht —, aber daß die guten Beziehungen, die er aus seiner Amtszeit hatte, bei seiner Wahl gar nicht mitgesprochen haben sollten, wird se leicht niemand einleuchten. Weiter hat man sich darüber gewundert, daß ein alther Staatssekretär bei einem Großindustriellen, der die meisten Eisenbahnen in unseren Kolonien baut, sich dafür verwendete, daß ein aus politischen Gründen in Pension gehender Geheimrat der Kolonialabteilung eine Russischratsstelle in einer der vielen Gesellschaften dieses Industriellen erhält."

\*  
Was kommt nun? Die englischen Zeitungen berichten lebhaft die Lage, welche durch eine Reihe der auf der Konferenz der englischen Eisenbahnagentenstellten in Cardiff getätigten Beschlüsse gezeichnet ist. Die Beschlüsse bedeuten einen großen Sieg der Arbeiterpartei in den Gewerkschaften. Bell, ein Unterhausmitglied, der jahrelang Generalsekretär der Eisenbahnvergewerkschaft war, wurde auf der Konferenz überstimmt. Die Konferenz nahm eine Resolution an, die von den Kandidaten für das Unterhaus fordert, daß sie sich schriftlich verpflichten, keit Hardie und die Partei zu unterstützen, und verwarf eine Resolution, die das Ausscheiden des Eisenbahnerverbandes aus der Arbeiterpartei forderte. Die Konferenz beschloß ferner, in dem bevorstehenden Wahlkampf im Bezirk Mid-Glamorgan dem liberalen Kandidaten Holmes einen Kandidaten der Arbeiterpartei, Holmes, entgegenzustellen. Bell behauptet bestimmt, daß die Resolutionen der Konferenz nicht die Ansicht der großen Menge der Eisenbahner wiedergeben, und verlangt nach allgemeiner Abstimmung. Eine solche Abstimmung dürfte den liberalen Arbeiterführer kaum befriedigen.

**Eine Arbeiterpartei in Kanada.** In Victoria, British Columbia, wurde in der zweiten Hälfte des September ein Gewerkschaftskongress der organisierten Arbeiter Kanadas abgehalten. 400 Gewerkschaften waren vertreten. Man sprach noch unter anderem auch für die Gründung einer Arbeiterpartei nach dem englischen Muster aus. Es werden Alterspensionen und Schiedsgerichte gefordert, ferner eine Beschränkung der Kulturförderung und Übernahme der Eisenbahnen, Telegraphen, Telephone, Beleuchtungsanstalten, Feuer- und Lebensversicherung usw. durch den Staat oder die Gemeinde. In einer Resolution wurde gefordert, daß die Postbeamten von Kanada besser bezahlt werden und daß ihre Zahl entsprechend vermehrt werde, damit der Achtstundentag eingeführt werden könne. Der Premierminister Mr. Braine und der Minister für das Steueroeuvre waren als Gäste des Kongresses anwesend und hielten Ansprachen.

**Wosibelt gegen die Trusts.** Der fast nach deutschem Vorbild redselige Präsident von Nordamerika hat wieder einmal das Debattehus gehabt, über die Trusts zu reden. Er kann sich das leisten, da er weiß, daß eins vom Nieden bis zur Ausführung von Gesetzen ein recht weiter Weg ist, und anderseits auch einige Gesetze doch sehr wenig an dem tatsächlichen Zustande ändern würden. Er führt aus, die genaue Klärung der Verhältnisse der Regierung sei das Hauptziel gegen diejenigen großen Geldinteressen, die sich dem Verlust widerstehen, sie unter eine wirtschaftliche Staatskontrolle zu stellen. Den Einfluß der Erwerbsmänner müsse ein Siegel vorgeschoßen werden, um der Arbeit, dem Kapital und dem Publizismus ihr Recht zu sichern. Wichtiger Amerikaner sei es, nach der rechten Art von Rivilisierung zu streben, die nicht eine bloße Plutokratie eines Bank- und Wallstreet-Syndikats sein dürfe. Die Wörterjobber und Industriekönige kennen ihren Theodor viel zu gut, um ihm ernstlich böse zu werden.

## Sozialdemokratischer Parteitag in Mannheim. Politischer Massenstreik.

Wir haben in der vorigen Nummer unseres Blattes die beiden Referate ziemlich ausführlich wiedergegeben, um den Lesern des "Grundsteins", die sich noch nicht zum Abonnement einer sozialdemokratischen Tageszeitung aufgeschwungen haben, Gelegenheit zu geben, sich über die Möglichkeit und Notwendigkeit von politischen Massenstreiks und die Belästigung der Gewerkschaften dabei gebildend zu unterrichten. Mit diesen beiden Referaten hätte unseres Erachtens die Diskussion über die Massenstreiksfrage erledigt sein können; denn allen Widerständen und zufällig konstruierten Gegenseitigen war nun mehr der Boden entzogen. Einige "Klusenfitter" waren aber immer noch nicht befriedigt; trotz der heraufrückenden Deutlichkeit des Genossen Legiens hatten sie immer noch nicht begriffen, warum es sich handelt. Also fügten sie der Resolution Bebels etwas hinzum, und das Ammendment Legiens galt zu bestreiten. Das letztere ist erfreulicherweise nicht gelungen.

Als erster Gegner der Resolution Bebels-Legien stieg Kautsky in die Arena. Mit Unterstützung von 32 Genossen, hatte er folgende Zusatzanträge eingebracht:

1. In der Resolution Bebel im zweiten Teil, dritte Zeile von oben, statt: "Die Lebewellen stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück", zu sagen:

"Sie sind nicht minder notwendig als die sozialdemokratische Partei".

2. An den Schluß der Resolution folgenden Passus anzuschließen:

"Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Massenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die Gewerkschaften von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werden. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Tätigkeit an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen. Dies ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst; denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Massenkampfes, und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist."

Zur Begründung der Anträge führte Kautsky folgendes aus:

Man kann sagen, daß die Gewerkschaften ebenso wichtig sind wie die sozialdemokratische Partei, aber der Begriff der Partei ist ein engerer und ein weiterer, und je nach der Auffassung kann der Satz richtig oder falsch sein. Man kann die Sozialdemokratie auffassen als politischen Apparat zur Leistung gegenwärtiger parlamentarischer Arbeit, als politischen Apparat zur Eroberung von Mandaten und zur Benützung der Mandate im Parlament, zur Vertretung der gegenwärtigen Interessen des Proletariats. Kann man die Sozialdemokratie in diesem engen Sinne auf, dann kann man sagen, daß die Gewerkschaften von gleicher Bedeutung sind wie die Sozialdemokratie, fällt man aber den Begriff Sozialdemokratie in einem weiteren Sinne, als Vertreterin der gesamten Emancipationskämpfe des Proletariats, als Vertreterin des Programms, das eine Erneuerung der Gesellschaft anstrebt, dann sind von diesem Standpunkte aus Parlament und Gewerkschaften mit Mittel zum Zweck, und deshalb sind wir dafür, daß nicht die gleiche Bedeutung, aber die gleiche Notwendigkeit der Gewerkschaften besteht, und daß das völlig genügt. Der zweite Punkt ist notwendig als Konsequenz der Resolution, die Bebel begründet hat. Ich halte diese Resolution für unvollständig, wenn unter Punkt 2 Sie erkennen an, daß es notwendig ist, daß von Zeit zu Zeit gemeinsame Aktionen zwischen Partei und Gewerkschaften durchgeführt werden. Ich bin fest überzeugt, daß

die gemeinsame Aktion zwischen Partei und Gewerkschaften die zukünftige Actionsform sein muß. Bebel erkennt auch an, daß die Form der Aktionssaktion nun die ist, daß sich die Gewerkschaften untereinander von Fall zu Fall verständigen. Hier hört aber die Resolution auf. Hier beginnt erst die Schwierigkeit. Dann entsteht die Frage: was geschieht dann, wenn es zu dieser Verständigung nicht kommt? Die Antwort ist eine sehr einfache. Wenn es zu einer Verständigung nicht kommt, dann kommt es auch nicht zur Aktion. Wie soll man dann zur Aktion kommen? Unsere eigene Partei ist, je größer sie geworden ist, in gewissen Sinne ein etwas schwerfälliger Apparat geworden. Es ist nicht so leicht, neue Ideen in den Apparat zu bringen. Sollte es nur der Fall sein, daß die Gewerkschaften der Rüste bedürftig werden, welche Perspektive eröffnet sich uns, damit, wenn die Gewerkschaften dem ohnehin so schwerfälligen Parteikörper als Drempe angehängt werden. Gerade dadurch, daß wir annehmen, daß wir von Fall zu Fall mit den Gewerkschaften agieren müssen, gerade daraus entspringt die Notwendigkeit, dahin zu trachten, daß die Gewerkschaften einen solchen Inhalt haben, daß es unmöglich ist, daß sie jemals als Bremsen fungieren können. Und deshalb ist es die Pflicht der Partei, in einer Weise mit den Gewerkschaften zu agieren, daß sie die Partei nicht hemmen. Das ist im Interesse der Partei liegen bedarf, gar keiner Auseinandersetzung. Es kann sich bloß fragen, und ich glaube, das ist der Grund, warum man dagegen aufgetreten ist, ob nicht die Gewerkschaften durch diese Tätigkeit geschädigt werden, ob nicht die sozialistische Propaganda die Gewerkschaften beeinträchtigen kann? Ich bin der Ansicht, daß die Gewerkschaften dadurch nichts verlieren, sondern nur gewinnen, sie dadurch besser in den Stand gesetzt werden, ihren großen Aufgaben gerecht zu werden. Darauf beruht denn eigentlich die Werbepflicht der Gewerkschaften? Ganz auf dem Unterstüzungswesen und zweitens auf dem Charakter als Kampforganisation. Nun ist das Unterstüzungswesen ein solches, daß es die Werbepflicht der Gewerkschaften sehr eng begrenzt. Durch das Unterstüzungswesen können die Gewerkschaften keine allzu großen Kreise erobern. Das beweist das Beispiel Englands. Die Unterstüzung der Gewerkschaften, die Höhe der Leistungen und der Beitrag geht an den Lohnen. Je höher die Leistung, desto mehr verengert sich der Kreis der Gewerkschaften auf die, welche hohe Löhne bekommen. (Kautsky irrt, wenigstens trifft seine Meinung nicht auf alle Gewerkschaften zu. Die Redaktion des "Grundsteins".) Das beweisen die Gewerkschaften Englands, die seit geraff Jahren in einer stagnation sind, während die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften sprunghweise vermehrt haben. Darauf beruht das? Die englischen Arbeiter haben das selbst erkannt. Sie haben selbst gesagt, daß die englischen Gewerkschaften verküppeln, weil ihnen eine Sozialdemokratie fehlt, welche die Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste erfüllt. Wobei unterscheidet sich die englische Arbeiterbewegung von der deutschen? Die englische Arbeiterbewegung hat das Unterstüzungswesen viel besser organisiert als die deutschen Arbeiter, weil die Versicherungsgelebung in England fehlt, und trotz der verbreiterten Unterstüzung sind die englischen Gewerkschaften stagnierend. In England haben wir eben die Neutralität der Gewerkschaften. Es fehlt ihnen die Sozialdemokratie, und damit ist der Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie es ist, welche den deutschen Gewerkschaften ihren Aufschwung verschafft hat. (Das ist sehr anschaulich. Die Red. des "Grundsteins".) Sozialdemokraten waren es, die die deutschen Gewerkschaften gegründet haben, Sozialdemokraten sind es, die den Gewerkschaften leiten, die Sozialdemokratie ist es, die den Gewerkschaften ihre Kraft verleiht. Keine Partei Deutschlands hat ein solches Ansehen wie die Sozialdemokratie. Die deutsche Sozialdemokratie ist die Vertreterin aller Ausgebüten, aller, welche sich gegen die betriebslichen Ausdeutungsverhältnisse erheben. Und die freien Gewerkschaften, sie mögen sich noch so frei, noch so neutral geben, werden von der Volksmasse als sozialdemokratisch betrachtet. Das ist ein Glück für die Gewerkschaften; denn das ganze Vertrauen, welches die Volksmasse der Sozialdemokratie entgegenbringt, bringt sie darum auch den Gewerkschaften entgegen, und darin beruht die Ausdauer der Gewerkschaften. Wenn wir das mehr in den Hintergrund stellen, werden wir die Werbepflicht der Gewerkschaften nur vermehren. Mit der Werbepflicht hängt aber die Frage der Parteidisziplin auf das engste zusammen. Wenn wir eine Kasse von Genossen hätten, für die die Disziplin nicht gilt, dann schwören wir das, was die größte Kriegskraft des proletarischen Massenkampfes, was die heilige Hülfe der Gewerkschaften selbst ist. Auf Parteidisziplin müssen wir unter allen Umständen dringen. Die Gewerkschaften werden dabei nicht schlecht fahren. Die Sozialdemokratie hat noch nie einen Verlust erlitten, der die Gewerkschaften verletzt oder ihre Aktion er schwert hätte. Es handelt sich doch nur um Fragen, die sowohl das Gebiet der Gewerkschaften als auch das der Partei berühren. Wenn aber einmal der Fall eintreten sollte, daß die Gewerkschaften sich durch einen Verlust der Partei auf diesem Gebiete verletzt fühlen, so könnte es nur dann sein, wenn die Gewerkschaften die Sonderinteressen ihrer eigenen Mitglieder höher stellen, als die Gesamtinteressen, und dann müßte die Partei erst recht darauf bestehen, daß die Gewerkschaften höher gestellt werden und zum Siege gelangen.

So sehr Kautsky's Ausführungen auch daneben bauen, sie waren sachlich, nicht gehässig. Anders dagegen die Ausführungen einiger ultrakapitalistischer Genossen. Rosa Luxemburg bezeichnete die Rede Legiens als "ein geradzu lässisches, typisches Muster für die Haltung, die gewisse Gewerkschaftsführer in der letzten Zeit gegenüber der Sozialdemokratie und gegenüber den wichtigsten Parteifragen eingenommen haben". Auch der Parteivorstand bekam sein Fett, weil er dem Ammendment Legiens zustimmte und damit bestandete, daß er eben so "recht" wie Legien ist, die Resolution von Köln und Zena für wegfessig ist zu erklären. Angeklagt der revolutionären Bewegungen des Proletariats, der Vorgänge in Russland, Italien und Frankreich bewiesen Legien und seinem Anhang, daß sie nichts zu lernen und nichts zu vergessen vermögen. Auch Bebel

hat nach dem Verbit der Genossin Luxemburg in Mannheim nur "nach rechts" geredet.

Die Genossin Bieg, die mit Rosa Luxemburg und wenigen anderen Auserwählten die Verständigung des reinen sozialistischen Evangeliums in Rücksicht genommen hat, sang ebenfalls das Loblied des Massenstreits in allen Tönen. Auch sie "wies nach", daß Legion absolut nichts vom Wesen des Massenstreits versteht. Er will den lebendigen Aufführungskuntericht, den wir erhalten durch die russische Revolution nicht anerkennen.

In dieselbe Kerle hielten noch eine Reihe anderer Redner, damit beweisen, daß sie weder von Taktik etwas verstehen, noch von dem sozialistischen Geiste, der in den Gewerkschaften herrscht, eine Ahnung haben. Aber aber: wenn sie die tatsächlichen Verhältnisse kennen, haben sie nur geredet, um zu verdeuteln, daß sie auf verdecktem Wege waren und um ihrem Groß über ihre vorausziehende Niederlage Luft zu machen.

Die Ausführungen Legiens wurden wirklich unterstützt von Koll-Karlsruhe, Neidhardt-Stuttgart, Robert Schmidt und Silberschmid-Berlin, Paul Müller und Th. Mömlburg-Hamburg.

Genosse Silberschmid ist stellte fest, daß Bebel, entgegen seiner ersten Erklärung nach Veröffentlichung des vielfamten Protocols, nun nicht mehr behaupten könne und auch nicht behauptete, daß das Protokoll eine abschließende Entstellung der Verhandlung zwischen Parteivorstand und Generalkommission enthalte. Was den Massenstreit angeht, so durfte nicht vergessen werden, daß zwischen dem, was in dem Referat Bebels dargelegt wurde, und dem, was nach dem Senat der Parteitage öffentlich bestimmt worden ist, ein kolossal Abstand besteht. Damals wurde angekündigt, daß bei einer Wahlrechtsbewegung der politische Massenstreit in Anwendung kommen solle. Das Ablehen des politischen Massenstreits hat dann in den Kreisen der Parteigenossen ein Gefühl der Enttäuschung hinterlassen. Es ist erstaunlich, daß Bebel nun diesmal in der präzisesten Form gesagt hat, daß der Massenstreit nur angewendet werden soll als letzter Mittel. Aber was sich nicht verstehen kann und was, die große Menge brauchen nicht verstanden, ist, daß man sie so lange in der falschen Auffassung gelassen hat. Genosse Bebel und andere hätten längst zur Klärung der Situation das aussprechen müssen, was hier ausgesprochen worden ist. Aber sie haben geduldet, daß nach Senat in einem der Begründungen der Resolution ganz entgegengesetztes Sinne für den Massenstreit gewirkt worden ist. Das ist ein Verfahren, das nicht darf genug gemäßigt werden kann. Genosse Kautsky glaubt sicher, daß er mit seiner Resolution der Partei und den Gewerkschaften einen Dienst erweist. Ich glaube aber nicht, daß er diese Absicht erreicht. Der erste Teil seiner Resolution sagt absolut nichts Neues. So haben bisher die deutschen Gewerkschaften immer gehandelt. Kein Gewerkschaftsführer wird eingehender als bisher sozialistischen Geist propagieren können. Wir sind von den Vorständen zu den Funktionären und Gauleitern herab kein Genosse bekannt, der nicht jede Gelegenheit benutzt, in diesem Sinne zu wirken. Diese ausdrückliche Festlegung in der Resolution Kautskys kann deshalb nur einen tiefen Sinn haben. Und dieser kommt im nächstfolgenden Satz zum Ausdruck, wo es heißt, daß es Pflicht eines jeden Parteigenossen sei, bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Tätigkeit sich an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen. Das ist eigentlich das Kernstück Kautskys. Kautsky will hier eine obere Instanz für die Beschlüsse der Gewerkschaften bilden und degradiert damit die Gewerkschaften zu Filialen der Parteiorganisation, von der die Direktive ausgehen soll. So gut gemeint das sein mag, so geht es doch nicht. Beide Organisationen müssen ihre Selbständigkeit, ihre Freiheit der Entscheidung behalten. Das ist doch ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsführer als Sozialdemokraten niemals auf Gewerkschaftsgrenzen etwas tun werden und dürfen, was einer der beiden Bewegungen schädlich wäre. Aber zu erklären: Ihr habt euch zu führen, ihr habt die Directiven von dieser Stelle zu empfangen, das wäre verkehrt. Überlassen wir es dem gefundenen Sinn der beiderseitigen Führer, sich gegebenenfalls zu verständigen.

Genosse Mömlburg spricht sich dahin aus, daß es nach Lage der Verhältnisse im Interesse der Partei und der Gewerkschaften notwendig war, daß der Inhalt des Protocols bekannt wurde. Aber mit den Umständen, wie es veröffentlicht worden ist, ist es nicht einverstanden: Der Veröffentlichung selbst könnten wir nicht mehr aus dem Wege gehen, um eine schädliche Legendenbildung hinauszubringen. Sedach bin ich der Ansicht, daß, wenn in der Leitung der Arbeiterbewegung von jeher die nötige Harmonie bestanden hätte, auch die Differenzen über die Veröffentlichung nicht entstanden wären. Der "Vorwärts" wendet sich an den Parteivorstand, der Parteivorstand schriftlich an die Generalkommission. Parteivorstand und Generalkommission haben beide ihre Sätze in Berlin. Statt nun einen Brief zu schreiben, wäre es einfacher gewesen, wenn der eine den anderen zu einer Sitzung eingeladen hätte. Das geprägte Wort ist etwas anderes, als das geschriebene. Und wenn sie sich in der Sitzung richtig auseinander gesetzt hätten, dann wäre nicht einmal die Anfrage an die Generalvorstände gekommen, man hätte einfach gesagt, die Generalkommission veröffentlicht das Protokoll. Auf den Umständen, aus denen diese Differenz entstanden ist, ist in der Arbeiterbewegung im Laufe der Jahre manche andere Differenz entstanden. Ich habe die Überzeugung, daß, wenn Parteivorstand und Generalkommission schon seit Jahren in gemeinsamen Sitzungen die Fragen, welche die Bewegung gemeinsam angehen, erörtert hätten, dann wären auch die Differenzen in bezug auf den politischen Massenstreit niemals entstanden. Da hätten sich die Dinge von vornherein anders gestaltet, wie auch vielleicht die ganze Regelung der Fragen auf dem heutigen Parteitag einen anderen Verlauf genommen hätte. Durch diese Verhältnisse, sind wir in der Arbeiterbewegung zu ganz unheimlichen Zuständen gekommen. Solange ich Mitglied der Arbeiterbewegung bin und die Fähigkeit besitze, die

Dinge zu beobachten, kann ich sagen, daß noch niemals ein solcher Wirrwarr vorhanden war wie im Laufe der letzten Zeit. Wo sind da eigentlich die geflossenen Meinungen in Bezug auf den politischen Massenstreit? So viel Redner, so viel Versammlungen, so viel verschiedene Meinungen. Der eine will gelegentlich die Masse in Kampf bringen, auf einige Tage einmal demonstrieren, der andere will den Massenstreit, um in dem einen oder anderen Landen die politischen Freiheiten zu erweitern, der dritte wieder will durch den politischen Massenstreit eine Desorganisation des Staates herbeiführen. Und Leute, die das sagen, gehören nicht etwa zu denen, die auf tiefer Stufe der Bildung stehen. Leute, die geistig sehr hoch stehen, haben diese Gedanken zum Ausdruck gebracht. Wirrwarr an allen Ecken und Enden. In der einen Versammlung wird gefragt, die Cölnner Beschlüsse stehen im Widerspruch mit den Senaer Beschlüssen; anderwärts hört man wieder das Gegenteil. Die „Revisionisten“ sind auf einmal die „Radikalen“ geworden, die „Radikalen“ die „Revisionisten“. Das ist ein Zustand, wie er unmöglich auf die Dauer fortbestehen darf; die Massen, die nicht in jedem Halle die Fähigkeit besitzen, die feinen Unterschiede zu ziehen, wie etwa die Redakteure und die Redner, wissen schließlich zuletzte gar nicht mehr, was sie eigentlich sollen. Daher sage ich, daß die Differenzen in der Arbeiterbewegung unter allen Umständen im Interesse der Bewegung befehligt werden müssen, und darum möchte ich den Parteitag dringend bitten, damit er der Sache endlich einmal ein Ende mache, nicht nur der Resolution Bebel, sondern auch den Amendements Legien seine Zustimmung zu erteilen. Ich weiß, daß mancher dagegen ernsthafte Bedenken hat. Man hat nach dem Cölnner Gewerkschaftstag in den Parteisitzungen bei jeder Gelegenheit gefragt, die Beschlüsse von Cöln seien sich nicht mit denen der Partei. Ja, man hat in der Wölfe den Gedanken magazinieren, als wenn man beispielweise in Cöln die Diskussion des Massenstreits verboten habe. Gestern sagten noch Genossen hier: Ja, wie kommt Ihr dazu, die Diskussion zu verbieten. Ich möchte den sehen, der uns nachweisen wollte, daß wir die Diskussion verboten haben. Legien hat Ihnen gestern das genaue Gegenteil nachgewiesen. Aber ich weiß, daß die Parteipresse sich in mancher Beziehung festgelegt hat; allein dieser Umstand sollte uns nicht dazu führen, heute durch die Ablehnung des Amendements dazu beizutragen, daß schließlich der heut bestehende Zustand noch länger weiter bestehen. Wenn Rautsch wünscht, daß die Mitglieder der Gewerkschaften mit sozialistischem Geist durchdrängt werden, so befindet sich dieser Wunsch völlig mit dem meintigen im Einklang. Darin gibt es keine Meinungsverschiedenheiten, das habe ich wiederholt ausgesprochen, und ich kann von mir mit gutem Gewissen sagen, daß ich, solange ich an der Spitze meiner Gewerkschaft stehe, in diesem Bereich gearbeitet habe. Aber wenn Rautsch meint, daß er jetzt mit seinem Antrage dieses Ziel erreicht, dann verkennt Rautsch die Verhältnisse vollständig. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir Hand in Hand arbeiten. Die Personen, die die Fähigkeit besitzen, der Wölfe in den Gewerkschaften den Gedanken des Sozialismus naizumachen, das sind die Personen, die in der Gewerkschaft eine führende Stellung einnehmen. Aus rein taktischen Erwägungen, nicht aus prinzipiellen Gründen muß ich gegen den Antrag Rautsch stimmen. Es ist gefragt worden, daß eigentlich der leste Teil des Antrages Rautsch Vömelburg auf den Leib zugeschnitten sei. Ich soll das Karmel sein, das Rautsch verantwortlich haben soll, den leichten Teil seines Antrages zu schreiben. Dies soll ich herbeiführen haben durch die Erklärung, die ich im vorigen Jahre in Jena abgegeben habe. Die Erklärung lautet: „Der Gewerkschaftsstand hat keinen Beschluss gefaßt, und da die Gewerkschaften ihre Tugend für sich abhalten und souverän sind, so bleibt für mich als Gewerkschaftsleiter in erster Linie der Beschluß des Gewerkschaftsstandes bestehen. Rautsch will nun durch seinen Antrag herbeiführen, daß sich die Gewerkschaftsmänner, die zugleich auch Parteigenossen sind, unter allen Umständen an die Beschlüsse der Partei halten sollen. Ich habe Rautsch zu, daß meine Ausführungen zu Zweifeln Anlaß geben können. Ich stehe auf dem Standpunkt: Beschlüsse der Partei können für die Gewerkschaft als Korporation nur dann in Frage kommen, wenn in der Sache vorher zwischen beiden Teilen ein Einvernehmen herbeigeführt ist. Das habe ich bereits vor einigen Monaten auf einer Wahlkreiskonferenz zum Ausdruck gebracht. Meine damalige Erklärung lautete: „Ich betrachte es als etwas ganz Selbstverständliches, daß Beschlüsse der Parteitage, für deren Durchführung die Partei allein in Frage kommt, auch von jedem einzelnen Mitglied der Partei gehalten werden müssen. Dagegen stehe ich auf dem Standpunkt, daß für gemeinsame Aktionen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen nur solche Beschlüsse maßgebend sein können, die in gegenseitiger Übereinstimmung gefaßt sind.“

Ich glaube, daß ist eine Erklärung, wie sie vorreiter gar nicht sein kann. Wenn wir nun zum Ausdruck bringen, daß Partei und Gewerkschaft, wo sie gemeinsame Aufgaben zu erfüllen haben, sich vorwärts über die einzuleitenden Schritte verständigen sollen, dann werden Beschlüsse, die miteinander im Widerspruch stehen, nicht gefaßt werden, und die Einigkeit in der Partei ist gesichert.

Gegen den zweiten Satz der Resolution Rautsch sprachen auch Dr. Quardt-Frankfurt, Adolf Braun-Nürnberg und Richard Fischer-Berlin. Sie akzeptierten aber den ersten Teil mit kleinen Änderungen in folgender Form: „Um aber jede Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den negativen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt“ werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.“

Diesem Basis stimmt auch die Referenten und ebenfalls der Parteivorstand und die Kontrollen zu. Um

\* In der in Nr. 40, S. 493, abgedruckten Resolution steht beherzt, welches Wort in „erfüllt“ abgeändert worden ist.

anderseits dem Amendement Legiens möglichst einstimmige Annahme oder doch eine große Majorität zu sichern, wurde auch dies dahin abgeändert, daß es der Parteitag als festgestellt ansieht, daß die Resolutionen von Cöln und Sena nicht im Widerspruch stehen.

Ein peinlicher Zwischenfall entstand bei der Erteilung des Schlusworts. Der Vorsitzende des Parteitages, Gustav Singer, hätte so disponiert, daß erst der Korreferent, also Legien, und ganz zuletzt der erste Referent, Genosse Bebel, reden sollten. Damit war Legien nicht einverstanden, und er stützte seine Ansicht, daß auch im Schluswort der Korreferent nach dem Referenten trete, auf die Gesetzlosigkeit auf früheren Parteitagen. In Cöln 1893 und in Lübeck 1901 haben auch die Korreferenten das leste Schluswort gehabt. Nun sollte es anders sein und zwar laut „parlamentarischer Ordnung“. Uns scheint in dieser Halle die Verpflichtung auf die parlamentarische Ordnung nicht ganz richtighaltig zu sein. In den Parlamenten handelt es sich um den Berichterstatter von Kommissionen oder Ausschüssen und daneben um Berichterstatter etwaiger Minoritäten der Ausschüsse. Da hat der Hauptberichterstatter das leste Wort. Auf dem Parteitag war aber der Korreferent nicht ein Berichterstatter der Minorität, sondern er stand völlig gleichmäßig dem ersten Referenten und hatte unseres Erachtens somit, da er als zweiter das Wort bekam, auch als zweiter Anspruch auf das Schluswort. Der Parteitag gab jedoch seinem Präsidenten recht, und Legien verzichtete dann überhaupt auf das Schluswort. Wir waren es verkehrt, daß Genosse Legien nicht angenehm berührte war von diesem Widerspruch des Parteitages, immerhin hätten wir es für richtiger gehalten, wenn er von dem Rechte des Schlusworts dennoch Gebrauch gemacht hätte; es war noch manche schief Darstellung einiger Heilsbrüder zu beobachten und richtig zu stellen.

Genosse Bebel nahm im Schluswort Gelegenheit, Legien gegenüber nochmals den Parteivorstand zu rechtfertigen und anderseits scharf zu betonen, daß der zweite Satz des Rautschschen Antrages unannehmbar sei. Ramens des Parteivorstandes erklärte Redner: Wir wollen vor allem Frieden und Eintracht zwischen Partei und Gewerkschaften herbeiführen, und deshalb muß alles vermieden werden, was mit Recht oder Unrecht so ausgelegt werden könnte, das sollte der eine Teil auf Kosten des anderen benachteiligt werden. Es kommt hinzufügt, daß nach unserer Überzeugung der erste Vorläufer der Resolution Rautsch geeignet war, die Gewerkschaften gegenüber den Behörden in allerlei bedenkliche Situationen zu bringen, und wir halten es für eine der größten Unflüchtigkeiten, die ein Parteitag begehen könnte, eine solche Handlung auszuüben und sich des Scheliers erst später bewußt zu werden, wenn eine Reparatur nicht mehr möglich ist. Wir sind weiter der Meinung, daß der zweite Teil der Resolution Rautsch die Gewerkschaften gegenüber der Partei in eine Situation bringt, die notwendigerweise ein Gefühl der Verbitterung, ja noch mehr, ein Gefühl der Zurücksetzung bei den Gewerkschaftsführern hervorruft. Wir müssen alles vermeiden, was einer derartigen Stimmung Vorabub leisten könnte. Dazu kommt, daß die Erklärungen von Vömelburg und Neidhart die denkbaren befriedigendsten sind, die wir verlangen können. Wir sind überzeugt, daß diese Genossen im Sinne ihrer Gewerkschaftsfeinde gesprochen haben, und daß sie als ehrliche Männer alles tun werden, um ihrer Ansicht Gelassenheit zu verschaffen. Andersseits bin ich überzeugt, daß selbst die Annahme der Resolution Rautsch an dem tatsächlichen Zustand absolut nichts ändern würde. Wir können als Partei keine Macht auf die Gewerkschaften ausüben. Wir müssen von der freiwilligen Beteiligung der Genossen erwarten, daß sie das tun, was ihre parteiengenössische Pflicht ist. Wenn man glaubt, daß der eine oder der andere das bisher nicht getan hat, so mag man das tabeln, aber eine Blöße zu erteilen, und eine Directive zu geben, die wieder gegen die Gewerkschaften ausgenutzt werden könnte, dazu sollte sich ein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie unter keinen Umständen hingeben. Die Bedenken, die wir bisher gegen den ersten Absatz der Resolution Rautsch hatten, sind durch die von ihm vollzogenen Änderungen beseitigt. Dagegen muß ich Sie auf das nachdrücklich bitten, gegen den zweiten Absatz zu stimmen und dadurch einen Stein des Anstoßes zu beseitigen; denn dadurch werden unsere ganzen Verhandlungen einen unangenehmen und bitteren Beigeschmac erhalten, und das sollte im Interesse der Einheit und des Friedens zwischen Partei und Gewerkschaften, den wir mit unserer Resolution befestigen wollen, vermieden werden.

## Maurerbewegung.

**Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.**  
Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

**Zugang von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:**

**Deutschland:**  
**Maurer:**  
Hannover (Streik);

**Schleswig-Holstein:**

Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen), Prete (Sperre über Schröder), Lunden (Sperre über die Unternehmen Schröder, Kurth und Petersen in Krempe);

**Mecklenburg:**  
Sölz (Sperre über Hollendorf), Laage (Sperre über Kortt), Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperre über Schäffler);

**Pommern:**  
Greifswald (Aussperrung);  
**Ost- und Westpreussen:**  
Konitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks);

## Schlesien:

Görlitz (Streik), Breslau (Streik der Fassadenputzer);

## Brandenburg:

Beilzig (Streik), Trebitz (Sperre über Hamann), Flinsberwalde (Differenzen), Alt-Carls (mehrere Sperren), Cöpenick (Sperre über Schulze und Schröder aus Hannover), Wittenberge (Masseregelung);

## Provinz Sachsen und Anhalt:

Bernburg, Zeitz (Aussperrungen), Dessau (Sperre über Lüdike);

## Königr. Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marion & Kunze, Bahnhofsbauden, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleicher- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzigerstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, M. Steyskal und Seifert in Möckern, Sohrstrasse, für Rabitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Wurzen (Sperre über Lehmann in Pöschau), Hirschberg, Meissen (Aussperrungen), Limbach (mehrere Sperren), Plauen (Sperre über Mann), Pöntz (Sperre über Hellriegel);

## Hannover, Oldenburg und Lippe:

Emden, Münzen (Zimmererstreiks), Jork-Estebrücke (Sperre über den Neubau Hadler in Cranz a. d. Elbe), Lüneburg (Streik), Eldingen (Sperre über Knoop);

## Braunschweig:

Braunschweig (Streik);

## Thüringen:

Gera (Sperre über Hirsch), Gotha (Streik), Sonneberg (Sperre über Schmidt), Creuzburg bei Eisenach (Streik);

## Rheinprovinz:

Vohwinkel, Nennkirchen-Wiebelskirchen-Friedrichsthal, Kirn a. d. Nahe (Streiks), Gladbach (mehrere Sperren), Neviges (Sperre über Gerhardt und Husemann), Ratingen (Sperre über Schlosser, Bovers und Wehrmeister), Gön (Plattenleger, Differenzen);

## Bayern:

Burgfarnbach, Augsburg (Streiks);

## Hessen:

Borsdorf (Streik), Heppenheim (Sperre über Held);

## Baden-Pfalz, Elsaß-Lothringen:

Bassloch (Streik), Metz (Sperre), Schwetzingen (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Rheingönheim (Sperre über Scherf), Singen (Sperre über Schmal und Schweitzer);

## Fliesenleger:

Cöln a. Rh. (Streik);

## Oesterreich-Ungarn:

Budapest (Aussperrung), Warnsdorf i. Böh. (Streik).

## Schweiz:

Zürich, Neuchâtel (Streiks).

## Gau Hamburg:

In Cuxhaven wurde in einer am Sonntag, den 7. Oktober, tagenden Mitgliederversammlung nach eingehender Diskussion beschlossen, den Streik nach fünfjähriger Dauer zu beenden. Die vorgeschriebene Jahreszeit war der häufigste Grund zu diesem Beileid. Wenn in diesem Jahre die Forderung, 60 & Stundenlohn und neumeinhaltbare Arbeitszeit, nicht erreicht wurde, so ist doch Ausicht vorhanden, daß die Streikenden zu einem Stundenlohn von 55 & innerhalb einer kurzen Zeit untergebracht werden können. Um dies möglich zu machen, ist es notwendig, daß die ledigen Kollegen Cuxhaven in den nächsten Wochen noch meideln. Der neugegründete Arbeitsnachweis der Unternehmer soll seitens der Kollegen nicht benutzt werden.

Die Unternehmer von Cuxhaven scheinen für dieses Jahr keinen Frieden mehr zu wollen. Am 1. Oktober hat wieder eine Verhandlung stattgefunden. Das Ergebnis war: Ab 1. April 1907 bis 1. April 1909 soll der Lohn von 50 & auf 55 & erhöht werden. Von einer Arbeitszeitverkürzung wollen die Herren unter keinen Umständen etwas wissen. Einem solchen Vertrag können die Cuxhaber Unternehmer mit jedem andern abschließen, aber nicht mit uns. Sie hätten wir 14 Wochen im Kampfe gelegen und müßten uns mit dem, was sich die Unternehmer zugeschrieben haben, zu frieden geben; so geht der Tanz nächstes Jahr von vorne los.

**Gau Südbayern.** Nachdem die Klücker Unternehmer jegliche weitere Unterhandlung abgelehnt haben, ist wohl keine Ausicht mehr, den Kampf noch in diesem Jahre erfolgreich zu beenden. Da jämlich Kollegen in Arbeit sind und Müst auf Winterarbeit haben, so wurde am 30. September beschlossen, bis auf weiteres auf jegliche Unterstützung aus der Hauptfasse zu verzichten und im Frühjahr den Kampf mit einer Kraft weiter zu führen, falls es die Unternehmer nicht vorziehen, bis dahin eine Einigung herzugehören. Der Kampf dauert also unverändert fort; lasst sich kein Kollege bewegen, bei Klücker Unternehmern in Arbeit zu treten. Der Zugang ist auch fernerhin fernzuhalten.

**Gau Hannover.** Wie der Vorstand des Braunschweiger Arbeitgeberverbandes im Anwerben von Streikbrechern verfährt, lehrt uns folgendes. In Königslutter ist wie bekannt, unsere Kollegen ausgeschlossen. Dort arbeiten jedoch Italiener als Streikbrecher. Der hiesige Arbeitgeberverband hat diese Streikbrecher nach Braunschweig geholt. Zum Verlasse der Unternehmer in Königslutter, bei dem die Streikbrecher arbeiten, diese Elemente wegen Kontrabunds auf Schadensatz oder auf Wiederaufnahme der Arbeit bei ihm. — Weitere arbeiten in Königslutter & Italiener bei einem Unternehmer, dem sie sich, wie sie selbst versichern, kontraktlich bis zum 1. November verpflichtet hatten. Aus purer Freundschaft zu den hiesigen

Unternehmern, entläßt der Bauunternehmer in Königsberg die Italiener mit der Befürchtung, sie sollten nach Braunschweig gehen. Dieser Unternehmer summert sich den Teufel darum, ob dadurch kontraktuell begangen wird oder nicht. Die Italiener hatten in Königsberg einen Rechtsanwalt und auch den italienischen Konsul um Recht und Plat gebeten, aber vergebens. Von den 80 dort abgesetzten Italienern hat ein bisheriger Unternehmer noch 23 Mann in Berlin aufgenommen. Auch diese waren ebenfalls nicht nach Braunschweig gekommen, wenn Ihnen von dem betreffenden Unternehmer nicht für die ganze Woche der Lohnausfall von pro Mann 48 und 30 Kr. Erst für Untothen versprochen worden wäre. Die Streikbrecher forderten die Summe auch von den Streitenden, dann würden sie abreisen. Selbstverständlich haben wir dieser Unterschämigkeit nicht entsprochen. Nicht Italiener, die im Laufe der Woche noch von Rassenburg zurückkamen, haben die Arbeit nicht aufgenommen, sondern sind gleich wieder abgereist.

**Gau Köln.** Mit dem 1. Oktober d. J. lief der Vertrag der Plattenleger in Köln ab. Es haben nun in der letzten Zeit Verhandlungen stattgefunden, die aber bis jetzt an dem ablehnenden Verhalten des Unternehmers gescheitert sind. Die Hauptforderungen der Kollegen lauten: Abschaffung der Mutterarbeit, achtstundige Arbeitszeit und 35,- Lohn pro Stunde. In den Verhandlungen ist man über die Einführung der Tagesschichtarbeit nicht hingekommen; die Unternehmer sind nicht gewillt, der Brüderlichkeit zu schenken. Es haben nun Versammlungen der beiden Arbeiterorganisationen stattgefunden, worin in einer Resolution einstimmig beschlossen wurde, nach wie vor an der Forderung festzuhalten. Eine weitere Verhandlung mit den Unternehmern am 1. Oktober hat ergeben, daß die Unternehmer wohl den Stundenlohn garantieren würden, wenn eine Leistungsschlüssel mit vorgesehen würde. In den Versammlungen der Arbeiter am gleichen Abend wurde das Anfassen in Bezug auf eine Leistungsschlüssel ganz entschieden zugewiesen und der Streit einstimmig beschlossen. Somit stehen jetzt die Plattenleger seit Dienstag, den 2. Oktober, im Streit. Die Arbeitsniederelegung erfolgte fast einmütig; nur einige Nichtorganisierte blieben bei der Arbeit; jedoch ist die Zahl der lebhaften schon gewaltig zusammengezurückgestuft, so daß die beste Hoffnung besteht, daß auch das letzte halbe Dutzend noch die Arbeit einstellen wird. Eine Freitag, den 5. d. M., feierte des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe anberaumte Verhandlung hat kein Resultat ergeben, weil die Unternehmer über die Leistungsschlüssel bestehen bleiben. Eine Fazit vor dem Streit aufgenommene Statistik hat ergeben, daß 128 Kollegen am Orte beschäftigt waren; davon gehören unserer Organisation 81, der christlichen 29 und der freien Vereinigung ein Kollege an. Indifferente waren 17 zu zeichnen. — Dem Streit ist noch nadurchgraben, daß eine Firma den Tarif unterschrieben hat, worauf neue Streitende in Arbeit treten könnten. Mit einer zweiten, größeren Firma werden Unterhandlungen geführt.

**Gau Mannheim.** Der Streit in Colmar ist Dienstag, den 2. Oktober, erfolgreich beendet worden. Donnerstag, den 27. September, fanden Verhandlungen statt, an denen auch ein Mitglied des Arbeitgeberverbandes aus Straßburg teilnahm. Die Unternehmer waren schon etwas vernünftiger geworden. Sie boten 47,- für dieses Jahr, 49,- für 1907, und dann wollten sie 50,- zahlen. Auch die sonstigen Bestimmungen unseres Vertragsgeschäfts erschienen ihnen annehmbar. Wir hatten bereits bei den früheren Verhandlungen den Vermittlungsborschlag gemacht, jetzt 48,- und vom 1. April 1907 ab 50,- zu zahlen. Wie die Situation stand, hatten wir keine Veranlassung, davon abzugehen. Nach dreistündigen Verhandlungen waren die Unternehmer bereit, vom 1. März 1907 an 50,- zu zahlen; doch war die Zahl für dieses Jahr, was wollten sie nicht hinaus. Es wurde nun vereinbart, diesen Vorschlag der Maurervereinigung zu unterbreiten. Diese Versammlung fand am 1. Oktober statt. Nach eingehender Diskussion beschloß die Versammlung, auf dem früher gemachten Vermittlungsborschlag stehen zu bleiben, und bei aufträge der Lohnkommission, auf dieser Grundlage noch mal mit den Unternehmern zu verhandeln. Die Unternehmer nahmen nun diesen Vorschlag an. Damit ist auch dieser Kampf zu unseren Gunsten beendet. Es dürfte angebracht sein, daran zu erinnern, daß in Colmar 1903, vor dem Streit, unsere Kollegen noch einen Stundenlohn von 24,- bis 33,- erhielten. Der Durchschnittslohn betrug 28,-. Da nun im nächsten Jahr 50,- Mindestlohn gezahlt werden müssen, so haben die Kollegen innerhalb dreier Jahre eine Lohnsteigerung von 22,- erlangt. Es wird nun Aufgabe der Colmarer Kollegen sein müssen, durch starke Organisation das Errungene hochzuhalten.

**Gau München.** Aus Augsburg wird geschrieben: „Am 1. Oktober hielten die Streitenden eine sehr gute besuchte Versammlung ab, in der Kollege Silbermöhl im Auftrage der Streikleitung für die Aufhebung des Streits plädierte. Er begründete dies damit, daß in Anbetracht der vorgesetzten Zeit auf einem Sieg nicht mehr zu hoffen sei; doch sei es noch nicht zu spät, um einen geordneten Rückzug anzutreten. Die Kollegen würden nicht als gedemütigt zur Arbeit zurückkehren, sondern als Krieger, die in einem harten Kampfe ehrenvoll unterlegen seien. Wir alle wünschen, daß mit dem augenblicklichen Abbruch des Kampfes auf keinen Fall der sogenannte „Friede“ im Baugewerbe eingetragen würde. Die Maurer Augsburgs dürfen nicht eher ruhen, bis das beispiellose Baupräkolumnum überwältigt sei. Das sei in diesem Jahre aber nicht mehr möglich. Man solle darum einmütig und mit dem festen Vorlage zur Arbeit zurückkehren, derartig für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation zu sorgen, daß das nächste Jahr vollende, was in diesem Jahre nicht zu erzielen gewesen sei. Diese Ausführungen fanden aber statt der verbündeten Beachtung und Zustimmung den lächerlichen Widerspruch der Versammlung. Die meisten Diskussionsredner erklärten, nie und nimmer früher die Arbeit aufzunehmen, bis die Forderung von den Unternehmern befriedigt sei. Man hielt die Situation noch lange nicht für verloren. Noch standen acht Bauten völlig still, die 216 Streikbrecher hatten zur Besetzung der Bauten bisher nicht ausgereicht und würden es auch ferner nicht

tun. Wie leider nicht anders zu erwarten war, fanden diese Kollegen den größten Beifall und in diesem Sinne entschied denn auch die Versammlung. Der Kampf geht weiter, der Zugang nach Augsburg muß weiter ferngehalten werden. In diesem Stande des Kampfes haben die sich hier Weißpulser nennenden Stuttgarter viel Schuld. Nachdem wir diesem erbärmlichen Gefindel bei seiner Lohnbewegung in diesem Frühjahr den Rücken decten, vergilt es jetzt diese Solidarität mit offenkundigem Streikbruch. Nach den von den beiderseitigen Organisationsteilnehmern getroffenen Abmachungen sollte der Bauspitz ausschließlich Maurerarbeit sein. Trotzdem sind diese sauberen „Bundesgenossen“ jetzt darüber her, allen nur irgendwie erreichbaren Innenräumen fortzuziehen. Bis jetzt haben sie 24 Bauten fertig geputzt und weitere 17 Bauten in Angriff genommen. An diesem edlen Beginnen beteiligen sich auch, wie ausdrücklich festgestellt sein mag, sämtliche Vorstandsmitglieder der Stuttgarter Organisation. Zweifellos hat dies Verhalten der Stuttgarter viel dazu beigegetragen, um den Bauprozess den Rücken zu stärken. Ein weiterer Rückhalt hatten die Unternehmer in dem „Industrieberein“, der den Bauspitz der so sattig bekannten Augsburger Schärfmacher ist. Von den Unternehmern haben 21 kleinere Geschäfte, die etwa 50 Gefallen beschäftigen, die Forderung anerkannt, während noch 39 größere Geschäfte bestreit werden.“

Die Ablehnung des Antrages der Streikleitung auf Abbruch des Streits war ein großer Fehler der Augsburger Kollegen. Es ist ein Verlust gegen die katholische Regeln des Lohnkampfes, die heute von jedem urteilsfähigen Menschen anerkannt werden. Die Katholiken, die die Augsburger Kollegen nunmehr eingeschlagen haben, ist diejenige, die die Leitung unseres Verbandes in hunderten von Versammlungenreden, die Redaktion des „Grundstein“ in Diskussionen von Artikeln als die verfehlte Katholikat bestimmt hat. Es ist die Katholiken des Eigenfinns, die den nutzlosen Kräftevergessen. Die Kollegen, die diese Katholiken in der Augsburger Versammlung propagierten, mögen sich in der dramatisch-herzlichen Pose des Kämpfers „bis zum letzten Blutstropfen“ als glorieumstrahlende Helden gefühlt haben, aber den Beleidigungsnachweis zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe haben sie nicht erbracht. Das Heldenatum in den proletarischen Dohnlämmern besteht zum erheblichen Teil in der Unterdrückung der leidenschaftlichen Gefühlsausdrückungen in der eigenen Brust und in den eigenen Kleinen. Bleiben die Augsburger bei ihrer Katholikat, so läßt sich das Ende unstrittig voraus sagen: mehr und mehr werden von den Streitenden abrücken, und jeder dahinfließende vermehrt die Zahl der Unorganisierten, die bei fünfzig Kampfes von vornherein als „arbeitswillig“ in Rechnung zu stellen sind. Die Organisation wird geschwächt und bei der jährlich doch nicht mehr zu gehenden Wiederaufnahme der Arbeit bilden die Organisierten überall auf den Bauten die Minderheit, die sich faktisch noch von den Streikbrechern vergewaltigen lassen muß. Sind erst derartige Zustände eingetreten, dann hält es recht schwer, Bekehrung zu schaffen. Stattdessen daß der opfervolle Kampf der Maurer der Anfang vom Ende der Gewaltbereitschaft der Augsburger Blutfaengerippe würde, wird er dann ein neues Glied zu der Seite gesammelt haben, die heute schon schmerzlich genug drückt. Vielleicht würde dann auch das Baugewerbe in Augsburg mit einer „gelben“ Organisation beglückt werden. Fürwahr, es ist hohe Zeit, daß unsere Augsburger Kollegen zu einer besseren Einsicht kommen und sich zu dem Plan befehlen, der in diesem Falle einzig am Platze ist, nämlich: Sich zu melden, Kraje zusammen und bei der nächsten Gelegenheit mit neuer Wucht auf den Feind!

Der seit vier Monaten bestehende Maurerkampf in Landshut wurde durch den Beschuß einer Versammlung am 3. Oktober als vorläufig für beendet erklärt. Den Zugang von Maurern nach Landshut bitten wir jedoch noch streng fernzuhalten, auch möchten wir die von hier abgerückten Kollegen erfuhren, bevor wir noch mit ihr zusammenkommen. Einige Unternehmer haben den vorgelegten Tarif unterzeichnet; aber die meisten wollen ihren Herrenstandpunkt noch nicht aufgeben; sie haben noch nichts gelernt. Deshalb erklären sie heute noch, „unterdrückt wird nicht“. Wenn auch die Unternehmer scheinbar einen zweiten „Sieg“ errungen haben, so werden sie doch einen zweiten Sieg dieser Sorte kaum mehr verkangen. Sie würden dann auch ausruhen können: „Noch einen solchen Sieg und ich bin verloren!“ Die Kollegen haben nun das Unternehmertum auch ganz kennen gelernt, und sie werden aus diesem Kampf die Lehre ziehen, daß ohne Organisation überhaupt nichts zu erreichen ist. Deshalb ist es notwendig, daß keiner der Organisationen den Rücken lehnt, sondern jeder von neuem an die Arbeit geht und neue Mitglieder gewinnt. Verschiedene unorganisierte Maurer in Landshut würden nicht leicht gefunden sein, sich zum Streikbrecher zu erniedrigen, wenn sie auf Unterstützung hätten erhalten können. Also, Kollegen, nochmals rufen wir Euch zu: „Haltet den Zugang von Maurern nach Landshut fern, und der Sieg wird am Schluss noch unser werden!“

**Gau Nürnberg.** In Wahnau musste in der letzten Woche der Kampf nach einer 22-tägigen Dauer abgebrochen werden, da für dieses Jahr nichts mehr zu erreichen war und die Unternehmer mit den allerdings nur wenigen „arbeitswilligen“ die notwendigsten Arbeiten fertigstellen konnten.

In Wad-Risslingen wurde in der letzten Woche mit den Unternehmern ein Vertrag abgeschlossen, der bis 1. Oktober 1908 Gültigkeit hat, und in dieser Zeit eine Lohnsteigerung von 4,- pro Stunde bringt, wobei der Mindestlohn auf 40,- pro Stunde zu stehen kommt. Außerdem ist an Sonnabenden um 5 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug, und für Überstunden werden 10,- für Sonntags- und Nachtarbeit ein Lohnzuschlag von 20,- pro Stunde gewährt.

In Nürnberg-Fürth haben tatsächlich die Unternehmer „sieg“, aber sie wollten einen solchen Sieg gar nicht haben, sie verlangten deshalb von uns eine Unterhandlung, die in leichter Woche stattgefunden, aber vorläufig zu einem Frieden für die fertere Zeit nicht führte. Es ist jedoch nicht ausgelossen, daß auf Grund

der gemachten Vorschläge eine Einigung zu Stande kommt. Die neunstündige Arbeitszeit wollen die Unternehmer für die nächsten Jahre zugelassen, desgleichen eine Lohnsteigerung. An dem Tage, als wir den Kampf abbrachen, haben unsere Handvoll „Christen“ mit den Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen, der bis zum Jahre 1910 Gültigkeit haben soll und in dieser Zeit eine Steigerung des Lohnes von 5,- pro Stunde vorsieht. Dagegen soll die neuneinhalbstündige Arbeitszeit beibehalten werden, weil eine längere im ganzen Süden im Maurergewerbe nicht besteht. Wir werden aber diesen Vertrag auf keinen Fall unterzeichnen; unter diesen mögen die „Christen“ arbeiten. Der Vertrag soll, wie uns ein Unternehmer berichtete, deshalb zu Stande gekommen sein, weil die Christlichen den Unternehmern vorenthielten, sie hätten am Orte 800 Mitglieder und 1000 Streikbrecher wollten sie vom Rheinlande nach Nürnberg und Fürth schaffen; aber weder das eine noch das andere gelungen, und so sehen die Unternehmer, daß sie von den Zentrumsräten hineingelegt wurden; aber auch die Maurer und Steinbauer von Nürnberg und Fürth sind im höchsten Maße über das verräderische Verhalten dieser von Nächstenliebenden Elemente erros, und erscheinen aus diesem Streit wieder genau, wo ihre Feinde sich befinden.

**Gau Dresden.** In Meißen hatten im Frühjahr die Kollegen die Unternehmer mit einer Forderung bedrängt, die sich aber die Arbeitsgelegenheit nicht derartig geflachtet, wie sie zur Durchführung eines Kampfes notwendig ist, mußte man, da die Unternehmer es ablehnten, eine dem Bunde der Kollegen entsprechende Lohnausweiterung zu gewähren, von der Durchführung dieser Forderung vorläufig Abstand nehmen. Seit nun, zu Beginn des Herbstes, es bezüglich der Arbeitsgelegenheit eine Wendung eingetreten, so daß alle Kollegen bauaufbeschäftigt hatten und es auch noch an Arbeitskräften mangelt. Aus diesem Grunde glaubten die Kollegen, daß für sie der rechte Augenblick gekommen sei, der im Frühjahr gestellten Forderung jetzt den nötigen Nachdruck zu verleihen. Am 25. September fand zu diesem Zweck eine öffentliche Versammlung in der die Lohnkommission beauftragt wurde, bei den Meistern vorstellig zu werden. Hierauf erhielten die Kollegen von dem Arbeitgeberverband die schriftliche Mitteilung, daß er für dieses Jahr jede weitere Erhöhung des Lohnes ablehne, jedoch geneigt sei, im nächsten Jahre den Preis und einige Preisssteigerungen aufzubringen. Mit dieser Abfertigung wollten sich die Kollegen allerdings nicht zufrieden stellen, und so wurde in einer am 1. Oktober abgehaltenen Versammlung, in der unser zweiter Verbandsvertreter, Kollege Eßlinge, den Anwesenden in eingehender Weise die schriftlichen Folgen einer zu dieser Jahreszeit unternommenen Bewegung vor Augen führte, beschlossen, falls die Unternehmer noch nochmaliges Nachdrucken vorstellt. Hierauf wurde von den Unternehmern eine gemeinschaftliche Sitzung für den 8. Oktober anberaumt, in der die Unternehmer nicht erschienen waren; nur der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes benachrichtigte unseren Vertrauensmann, Kollegen Weinert, daß die Unternehmer auf ihrem gefaßten Besluß beharrten. Darauf wurden am folgenden Tage die Baudenkmäler von Großel und Rosch gesperrt, was jedoch die Unternehmer mit einer allgemeinen Aussperzung beantworteten.

### Ausland.

**Schweiz.** In Basel standen während der letzten Wochen die Zement- und Kunsteinarbeiter in der Lohnbewegung. Dabei gab es einige kleinere Arbeitsinstellungen, die alle mit Erfolg beendet wurden. Erst jetzt wurde die Verkürzung der Arbeitszeit auf neuneinhalb Stunden und eine fünfsprozentige Lohnsteigerung. Bei der Firma Voher & Co. in Unterägeri besteht die Sperrerei fort. Der Kollege, der die fanatische Meige, mit dem Fabrikdirektor an der Spitze, so bald auserkoren hatte, ist nicht, wie man wohl annehmen darf, ins Spital gebracht worden, sondern ins Gefängnis, und schon am nächsten Tage ging es nach Chiaffo, also über die Grenze. Der geschlagene Kollege ist durch noch arbeitsunfähig; man darf gespannt sein, was das Gericht, bei dem die Sache anhängig gemacht wird, für einen Standpunkt eintnimmt; wahrscheinlich wird es die Kreuzlinger Präzis einschlagen. Soeben wird uns die Mitteilung, daß die Firma ihre Poliere als Streikbrecheragenten ausgestellt hat. Diese Elemente treiben im Unwesen besonders in Süddeutschland. Wir bitten nun, daß von den Kollegen diesen Vorschein etwas auf die Finger gesetzt wird, ähnlich wie in Singen, dort ist der „Polier“ Schäffer bald verdutzt, ohne Maurer mitnehmen zu können. Als Ort, wohin die Maurer geführt werden, gibt man Zug an, gemeint ist aber Unterägeri im Kanton Zug.

Die Sektorverbände werden erneut dafür eingeladen werden, die Quartalskosten sofort eingelöst werden. Bestellungen auf das vom deutschen Maurerverband herausgegebene Werk „Arbeit und Kultur“, Preis Frs. 2, müssen beim Verbandsvorstand gemacht werden. Das erwähnte Buch ist jedem Kollegen aufs wärmste zu empfehlen.

**Österreich.** Beim Färberei in Wilsdorf bei Döbendorf haben am Freitag, den 5. dieses Monats, die Maurer die Arbeit eingestellt. Ursache zur Arbeitsentziehung ist die dort beschäftigte italienische Streikbrecherkolonne Spurline. Besagte Kolonne betreibt den Streikbruch professionalisiert. In allen Orten, wo die Maurer daran gehen, sich durch Arbeitsentziehung ihre Lage zu verbessern, findet sich Spurline ein, um dies durch Streikbruch unmöglich zu machen. Diesen schändlichen Kreislauf soll ein Ende bereitet werden. Die Maurer verlangen die Entlassung der Kollegen. Baumeister Sänger weigert die Entlassung; deshalb ist über die Firma die Sperrerei verhängt. Kein anständiger, vernünftiger Maurer nehme deshalb Arbeit beim Baumeister Sänger an. Zugang ist fernzuhalten.



Ausgeschlossen sind auf Grund § 87 b. des Status vom Zweigverein Cöln i. n.; Franz Schwarz (Berg.-Nr. 62 704), Karl Gedien (62 724), Theodor Schulz (62 721); Frankfurt a. M. (Alzenau): Georg Ritter (272 853), Valentin Reinhardt (192 206); Frankfurt a. M.: Heinrich Dauber (20 888), Alipar Küpper (272 334), Karl Küpper (400 801), Eduard Sohl (400 828); Niederau: Ernst Kühne (276 575), Karl Haubold (218 028); Utschlag: Heinrich Müller (183 579), August Rohde (288 480), Heinrich Beumler (334 010), Peter Bink (183 543).

N.B. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Ausgeföhrt wird der Kollege Ferdinand Müller, Berg.-Nr. 202 035, geb. am 18. August 1879 zu Danzig, sein für M. 8 verpfändetes Verbandsbuch im Hamburger Zweigvereinsbüro einzulösen.

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, ersuchen wir, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.

#### Der Verbandsvorstand.

#### Entlastung.

Bei der unterzeichneten Expedition sind für Anzeigen aus den Zweigvereinen eingegangen:

Süd: Spanien M. —45, Lüchen —30, Gr. Neuenhof 2,25, Neuhausenberg —20, Stendal 2,40, Potsdam 1,45, Düsseldorf 1,50, Halberstadt —30, Sennelkirchen 1,50, Heide 1. Holst. —60, Mörfelden —25, Burg bei Magdeburg 2,10, Bromberg 3,15, Weg 1,20, Schmölln 3, Belgern 2,95, Salzwedel 1,65, Annaberg 1,20, Tewitz a. d. E. 3, Lyckow —90, Altenburg 3,30, Schwarzenfelz 2,05, Einbeck 2,10, Herzberg —45, Neuenburg 1, Wilhelmshaven 2,70; Heilbron 3,30, Löwenberg —45, Bielefeld 3,90, Burgdorf 1, S. 2,55, Graupen 2,65, Siegen 3, Bocholt 2,70, Langensalza 1,50, Golditz —20, Küls 1,50, Neu-Muppin —30, Boden 1,45, Cunnersdorf —45, Gadebusch 1,50, Neumünster 3,60, Mortitz 1,20, Bernau 1,20, Neugersdorf 1,20, Halle a. d. S. 3,80, Sorau 1,50, Magdeburg —90, Reichenstein 3,60, Radebeul 3,60, Hohberg —45, Ruhrtor 8,30, Bückeburg 3,50, Hadersleben —45, Altenberg 1,45, Bitterfeld 2,35, Döppling 2,40.

August: Böckum M. 3,80, Clogau 2,80, Cunnersdorf 8,30, Stendal 3,60, Düsseldorf 4,85, Ludwigslust —45.

September: Langen M. 1,80, Hainrode 2,65, Spreyer 1,50, Wanne 1,75, Amtlaam 2,70, Lemberg 1,45, Mühlhausen im Elsass 1,95.

#### Die Expedition des „Grundstein“.

#### Bekanntmachungen der Gauvorstände.

##### Gau Cöln a. Rh.

Außerordentliche Generalversammlungen finden in nachfolgenden Zweigvereinen resp. Bahnhöfen statt:

Referent: Joh. Kessel, Köln, Severinststr. 199.

Wald	Samstag, 18. Oktober, Abends
Öhligs	Sonntag, 14. Oktober, Vormittags
Hanau	Sonntag, 14. Oktober, Nachmittags
Doppum	Sonntag, 28. Oktober, Vormittags
St. Tönnes	Sonntag, 28. Oktober, Nachmittags

Referent: Moritz Dunz, Düsseldorf, Benratherstr. 6a.

Mondorf	Samstag, 20. Oktober, Abends
Somborn	Sonntag, 21. Oktober, Vormittags
Schwein	Sonntag, 21. Oktober, Nachmittags

Referent: Wilh. Balser, Barmen, Wiesenstr. 10.

Pennewy	Samstag, 27. Oktober, Abends
Wermelskirchen	Sonntag, 28. Oktober, Vormittags
Barnefeld	Sonntag, 28. Oktober, Nachmittags

Referent: Fritsch, Berlin.

Bieren ..... Sonntag, 28. Oktober, Vormittags.

Referent: Alw. Krebschm, Köln, Severinststr. 199.

Radevormwald	Sonntag, 21. Oktober, Nachmittags.
--------------	------------------------------------

#### Gerichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbefreiungen und sonstige Vorlesungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagabend für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bekanntstellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Wrieg. Sonnabend, den 20. September, hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Zugestellt wurde über die Ablösbarkeit verhandelt. Kollege Kramer führte an, daß nach seiner Information im hiesigen Orte im Amtsort überhaupt nicht gearbeitet wird, "gleich einige Kollegen behaupten, beim Unternehmer Grüne sollte geheim im Amtsort gearbeitet werden"; hierauf beschloß die Versammlung darüber, genauer Erkundigung einzuziehen und, wenn die Behauptung auf Wehrheit beruht, die betreffenden Kollegen aus dem Verbande auszuschließen, weil schon im Frühjahr ein dahingehender Beschluss gefaßt wurde. Hierauf wurde die Quartalsabrechnung vom 21. März 1900 verlesen. Für die Hauptlasse war eine Einnahme und Ausgabe von M. 752,20 zu vergleichen; die Lottolasse hatte eine Einnahme, inf. Bestand, von M. 682,35, die Ausgabe betrug M. 804,31. Somit ist ein Bestand von M. 878,04 vorhanden. Die Abrechnung wurde von den Revisorin für richtig erklärt, auch der Vorsitzende Kramer erklärte, daß er das Kassabuch in besserer Ordnung vorfand. Ferner wurden zehn Mitglieder neu aufgenommen. Nunmehr wurde das Protokoll der letzten Versammlung verlesen. Kollege Kramer erklärte, daß das Protokoll nicht nur

mangelhaft, sondern absichtlich gefälscht sei. Kramer lieferete Beweise, daß einige wichtige Befreiungen gänzlich fehlten. So wurde bezüglich der Broschüre "Verteilung der Arbeitszeit" beschlossen, daß sich jedes Mitglied ein Exemplar zu 50 Pf anfassen müsse; auch seien einige Befreiungen in ihr Gegenteil ins Protokollbuch umgedreht worden. Nedner bezeichnete diese Handlungsweise als einen Machtkampf schlimmster Art. Er habe alle Ursache, dieses zu erklären, weil das Protokoll die Richtlinien für die Verwaltung sei. Es sei gefälscht worden, um der Verwaltung einen Streit zu drehen. Als sich der Schriftführer Schulz über diese Vorwürfe berantworten sollte, war er aus dem Saal verschwunden. Sämtliche Nedner sprachen sich abfällig über diese Handlungsweise aus. Hierauf wurde das Protokoll richtig gestellt und als Schriftführerei Kollege Müller gewählt. Ferner wurde von verschiedenen Kollegen Klage darüber geführt, daß der frühere Kassierer Müller der Verwaltung die Arbeit erschwert, weil er sie in jeder Beziehung verdächtige. Auch diese Handlungsweise wurde als Machtkampf bezeichnet und betont, daß die Schulz an der Ablehnung des Mietzuschusses von M. 60, die Müller in der vorletzten Versammlung verlangte, dem Gau- und Zweigvereinsvorstand zuzuschreiben sei. Hierauf wurde ein neuer Kassierer gewählt. Jetzt ist Müller bemüht, der Verwaltung die Geschäfte zu erschweren.

Freyhan. Am 23. September hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Gewerkschaften und Unternehmerverbände", referierte Kollege John aus Breslau. Sein lehrreicher Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. In der Diskussion beteiligte sich der Vorsteher Mohl im Sinne des Referenten. Hierauf wurde der Kollege Heinrich Keller aus Lüderitz, der schon Mitglied war, von der Versammlung einstimmig wieder in den Verband aufgenommen. Das Mitglied Franz Kurzach soll eine Erklärung im Nachhören abgegeben, daß er in Zukunft die Interessen des Verbandes wahren will. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung vom Stiftungszeit. Sie ergab eine Einnahme von M. 44,50 und eine Ausgabe von M. 41,65. Am 9. September sollte eine Versammlung abgehalten werden; da aber nur 25 Kollegen erschienen waren, wurde sie versagt. Deshalb ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen.

Ithoe. In Aegidorf tagte am 20. September eine Bahnhofsversammlung, die sich mit den Differenzen bei dem Unternehmer Kröger beschäftigte. Hierauf waren einige Kollegen aus Ithoe erschienen, um die Stellung des Zweigvereins Ithoe zu der Angelegenheit klarzulegen. Zu der Behauptung, daß die Arbeiten vor dem Unternehmer Venede aus Ithoe angenommen wären und demgemäß auch der Ithoeher Zehn gezahlt werden müsse, konnte nur die Erklärung abgegeben werden, daß der Unternehmer Kröger die Arbeit von Venede übernommen hat und auch die Leute anstellt. Der Unternehmer Kröger zahlt in Lüderdorf den Zehn laut Tarif. Auf Anregung der Ithoeher Kollegen kam die Versammlung zu dem Besluß, den Gauvorstand von der Sachlage in Kenntnis zu setzen und seinen Beschluss abzuwarten. Nach einer kurzen Ansprache des Kollegen Steen aus Ithoe, worin er auf die mündliche Agitation für die gewerkschaftliche und politische Organisation auf den Baustellen hinwies und ganz besonders das Baudelegiertenystem empfahl, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Kempten. Sonntag, den 28. September, tagte hier in der Gewerbehalle eine Bauarbeiterversammlung, in der städtische Baufontrolleur Städteländer aus München über das Thema: "Die Unfallsgefahr im Baugewerbe und deren mögliche Beseitigung durch Ausübung der Baufontrolle durch Baufontrolleure aus Arbeiterkreisen" referierte. Der Referent führte in leicht verständlicher anderthalbjähriger Rede den Anwesenden vor Augen, wie der Bauarbeiterdienst ein sehr wichtiges Kapitel in den sozialen Aufgaben der Gegenwart sei. Nedner wies nach, wie durch die Ausübung einer praktischen Baufontrolle die Unfälle ganz bedeutend verringert wurden. In München ist durch die Kontrolle so mancher Wirtschaft gehoben worden. Auch wurde dort einer Eingabe Folge gegeben, nach der die Baufontrolleure öffentliche Vorträge halten dürfen, was schon von Nutzen gewesen ist. Im Interesse eines jeden Bauarbeiters liegt es, von einem hiesigen Berufen aufzuklären über die einschlägigen Gesetzesbestimmungen zu erhalten. Aber nicht nur unter den Unfällen allein haben die Bauarbeiter zu leiden, auch die Ungunst der Witterung wirkt schädlich auf ihren Gesundheitszustand ein. Sehr oft ist Siechum und frühzeitiger Tod die Folge von Entzündungen und ungewöhnlichen Witterungseinflüssen. Dazu kommt noch, daß der Bauarbeiter immer mehr zum Saisonarbeiter wird, der durch die in Aussicht stehende Arbeitslosigkeit im Winter kaum einen Durchschnittslohn von M. 2,70 erhält. In Böhmen sind jetzt 48 Baufontrolleure angestellt. Nedner hält es für eine unabdingbare Notwendigkeit, daß auch in Kempten in dieser Hinsicht etwas mehr geleistet werden müßt. Er betrachtet es als ein Wunder, daß hier nicht mehr Unfälle passieren, als an seinem einzigen Bau ein vorchristliches Schützenfest angebracht ist. Referent erklärte nun, es müsse wiederholt an den Magistrat herangegangen werden, damit endlich einmal ein Baufontrolleur aus dem Kreise der Arbeiter angestellt wird. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: "Die heute, den 28. September 1906, in der Gewerbehalle tagende, sehr stark besuchte öffentliche Bauarbeiterversammlung erkläre nur in der Anstellung eines Baufontrolleurs aus dem Arbeiterstande eine wirksame Baufontrolle, die im stande ist, den in hiesiger Stadt vor kommenden Baunaufällen zu begegnen. Die Versammlungen werden alles daran setzen, um auf Grund der Regierungserordnung vom 21. März 1900 ihre Forderungen erfüllt zu sehen."

Mainz. Am Samstag, den 6. Oktober, tagte im Volksberufshaus die regelmäßige Monatsversammlung der Bahnhofsteile Wiesbaden. Der Kassierer verlas den Quartalsbericht und die Abrechnung; beides wurde bestätigt und aufgenommen. Der Vorsitzende, Kollege Gouvernator, dankte dem Kassierer für seine gute Pflichterfüllung und sprach den Wunsch aus, er möge seine Arbeit weiter so gewissenhaft verfehren. Eine Flüge glaubte der Revisor

Kollege Klamp dem Vorstand erteilen zu müssen, weil an fünf streitende Kollegen eine Fleißunterstützung von zusammen M. 7,50 ausbezahlt wurde. Nedner glaubte, dies käme nur dem Kreisvorstande zu. Hiergegen verwahrt sich der Kassierer, indem er ausführt, man solle doch nicht so engherzig sein; es habe hier ein besonderer Notfall vorliegen. Eine rege Debatte entstand beim zweiten Punkt: "Errichtung eines Arbeiterselbstvertrags". Der Vorstehende wies den Rücken des Sekretariats mit kurzen Worten nach. Hierauf sprachen sich sämtliche Nedner für die Errichtung derselben aus. Kollege Burk wies auf die am Jahre 1905 bevorstehenden Kampfe hin und wünschte, daß außer dem Sekretariatsbeitrag noch ein Losalzabfuß von 5 Pf erhebt und die 60-Jahr-Marke eingeführt wird. 5 Pf sollen als Kampffonds zurückerlegt werden. Die zurückgelegten Gelser seien als Munition zu betrachten. Die Versammlung beschloß hierauf, zu dem besonderen Losabzug später Stellung zu nehmen und eine Sekretariatsmarke von 2 Pf einzuführen. Ein dahingehender Antrag soll der Zweigverein "Borsig" werden das unkollegiale Verhalten einiger Wiesbadener Kollegen gegenüber scharf kritisiert. Sämtliche Nedner waren sich darin einig, daß hier nur durch radikales Vorstehender Ordnung geschaffen werden könne. Eine demnächst halbfestnde Versammlung soll hierzu Stellung nehmen, um reinen Eisch zu machen. Mit ernsthenden Worten, die Veranlassungen plötzlich zu besuchen, schloß der Vorsteher die anregende Versammlung 10½ Uhr Abends.

Ortrand. Am 28. September tagte hier im Lokale des Herrn Schöne eine öffentliche Mauterversammlung, die sich mit der Gründung eines Zweigvereins beschäftigte. Kollege Krimm aus Senftenberg wies auf die Notwendigkeit eines selbständigen Zweigvereins hin, um die Organisation auch hier zu entfalten und dem Verband neue Mitglieder aufzuführen. Kollege Küngel aus Berlin sprach eine Erklärung im Nachhören ab, daß er in Zukunft die kulturelle Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung und die Ausweitungsbemühungen der Unternehmer. Beßhafter Beifall wurde dem Nedner zu teilen. Bei der Wahl des Vorstandes wurden gewählt die Kollegen: Wilhelm Mutschler als Vorstehender und Hermann Kühl als Kassierer. Gleichzeitig werden die Kollegen von Ortrand und Umgegend, die den Zweigvereinen Senftenberg und Bösdorf angehören, erucht, sich darauf abzumelden bzw. dem Zweigverein Ortrand anzumelden.

Passau. Sonntag, den 16. September, fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, in der Kollege Hartl referierte. Das Thema lautete: "Welche Aufgaben hat die Arbeiterbewegung zu erfüllen?" Kollege Hartl wies in erster Linie darauf hin, daß die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung noch lange nicht damit erschöpft sind, den Stundenlohn um einige Rennungen zu erhöhen, sondern daß ihr auch eine hohe kulturelle Bedeutung zukomme. Ehrenhaft eines jeden organisierten Arbeiters sei es, mit voller Kraft mitzuarbeiten, um die Gleichberechtigung der arbeitenden Klasse in jeder Hinsicht zu erringen. Der Arbeiter müsse darüber aufgeklärt werden, daß er sowohl wirtschaftlich wie auch politisch getrennt sei, und daß die Befreiung des Volkes nur das Werk der Arbeiterchaft selbst sein könne. Eine der schönsten Aufgaben der Arbeiterbewegung sei es auch, die Arbeiterschaft auf eine immer höhere Stufe der Bildung zu bringen. Daß in dieser Beziehung auch im Gau München sehr bedeutende Fortschritte zu verzeichnen sind, bewies Nedner an einem sehr bemerkenswerten Beispiel. In Passau sei es vor allem notwendig, daß endlich einmal die persönlichen Freiheiten aus der Welt gelöscht werden. Nirgends sei die Einigkeit mehr notwendig, als gerade hier in Passau. Wir kennen die Passauer Unternehmer zur Genüge; wir kennen auch die Vernichtungspläne des Arbeitgeberverbands für 1908. Wollen die Kollegen, daß das im heurigen Jahr Kampf gegen die Erkrankungen aufrecht erhalten werde, und daß auch weiterhin Verbesserungen erzielt werden, so müsse in der Organisation jeder seinen Mann stellen. Nachdem verdiente Diskussionsredner sich über die hiesigen Versammlungen im Sinne des Referenten ausgeprochen hatten, wurde die sehr schön verlaufene Versammlung vom Vorsteher, Kollegen Wach, geschlossen.

Heiderunde. Am 20. September tagte hier im Lokale des Herrn Kilius eine Mitgliederversammlung, zu der Kollege Petersdorf aus Stettin als Referent erschienen war. Sein lehrreicher Vortrag, der die Verkürzung der Arbeitszeit behandelt, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Nachdem ein Kollege in demselben Sinne gesprochen hatte, räte der Vorsitzende, Kollege Len, das Schreiben an die Mitglieder, besser die Versammlungen zu besuchen und mehr zu agitieren, um die noch fernstehenden Kollegen für unsere Sache zu gewinnen. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation wurde die Versammlung um 7 Uhr geschlossen.

#### Verbot oder Reform der Akkordarbeit?

##### IX.

###### Gesetzliches Verbot oder gesetzliche Regelung?

Unsere Ordnungspolitiker, die Unternehmer vorweg machen für alle gegen die kapitalistische Ausbeutung gerichteten Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft die Sozialdemokratie verantwortlich. Sie soll durch falsche Lehren, durch "Verbebung" der Arbeiter auch die Bevölkerung der Arbeitsschicht bewirkt haben. Die Wahrheit ist, daß für diesen Kampf die englische Arbeiterschaft, die erste, die "Siegungen" des Kapitals erzielte, nicht verantwortlich ist. Sie ist die einzige, die Beispiel gegeben hat, schon zu einer Zeit, als die Sozialdemokratie noch nicht existierte. In England begann ein auf die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiterschaft berechnetes Amtssystem sich bereits am Ausgang des 19. Jahrhunderts zu entwideln. Die Arbeiter hätten nicht Menschen sein müssen, um die ungewöhnlichen Schädigungen, die ihnen dieses System auftrug, gleichzeitig zu ertragen. Sie sind, und nicht ohne Erfolg, unzureichend bemüht gewesen, durch die Macht ihrer Organisation die Überwindung der wilden, willkürlichen Amtssysteme zu erreichen. Ihre Interessen entsprechende Regelung dieser Art der Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Ihrem

Beispiel sind die Arbeiter anderer Länder, die unter die Herrschaft der gleichen wirtschaftlichen Verhältnisse kamen, gefolgt. Es kann nicht überraschen, daß aus ihrem Kreise heraus die Ansicht ausgesprochen wurde, es sei notwendig, die Allordarbeit gesetzlich zu verbieten. Tatsächlich ist immer offenbar, die Tatsache in die Errscheinung, daß der Allordlohn für den lediglich das kapitalistische Interesse den Nachteil abgibt, geradezu darauf berechnet ist, den Arbeiter zu schönungsloser Verwöhnung seiner Arbeitstrafe zu zwingen, was Sieghum und früher das für ihn zur Folge hat. Dieser Tatsache entspricht das vielbesuchte Wort: "Allordarbeit ist Vorarbeit", von dem die Unternehmer und ihre Zeitungen behaupten, daß es eine "sozialdemokratische Prägung" sei.

Freilich ist die Sozialdemokratie am Kampf gegen das Mordarbeitsrecht nicht unbeteiligt. Sie hat diesen Kampf stets nach Kräften unterstützt, zugleich aber auch die Arbeiter aufgelöst darüber, daß der Allordlohn nichts anderes ist, als die veränderte Form des Zeitlohns; daß auch die Zeitlohnarbeit Mordarbeit ist, wenn ihre Regelung lediglich von der Billirat des Unternehmers abhängig ist, und daß es deshalb alles in allem darauf ankommt, der Tageswert der Arbeit zu erhöhen, was nur durch Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen ist, während im übrigen die Arbeitersorganisation dafür zu sorgen hat, daß im Zusammenhang mit der verlängerten Arbeitszeit der Lohn überhaupt möglichst hoch ist. Mit der Sicherung einer bestimmten Höhe des Tageswertes der Arbeitskraft ist auch die einzige mögliche Sicherung dafür gegeben, daß der Allordlohn nicht unter diesem Tageswert sinkt.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die Frage nach dem gesetzlichen Verbot der Allordarbeit zu entscheiden. Der internationale Arbeitertag in Brüssel 1891 bezeichnete es in einer Resolution als Pflicht der Arbeitersorganisation aller Länder, mit allen Mitteln zu Gebote stehenden und gutbündenden Mitteln für die mögliche Verteilung der Allordarbeit zu wirken". Wir sind der Meinung begegnet, daß damit auch ausgesprochen ist, die Sozialdemokratie sei verpflichtet, für das gesetzliche Verbot der Allordarbeit einzutreten. Diese Meinung ist irrig. Die Brüsseler Resolution richtet sich gegen die Allordarbeit infolge, als sie unter völliger Anerachtlassung der Interessen der Arbeiter ein von Zeitlohnarbeit sich unterscheidendes System der intensivsten Ausbeutung darstellt.

Mehrere Male hat die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages sich mit der Anfrage an beschäftigten gehabt, das gesetzliche Verbot der Allordarbeit zu befragen. Sie ist dieser Anregung aus guten Gründen nicht gefolgt, deren hauptsächlichste wir bereits vorhin dargelegt haben. Das kapitalistische System kann durch ein solches Verbot nicht getroffen werden; solange es ihm möglich ist, die Arbeitszeit vorzuschriften und die Arbeiter zur möglichsten Leistung zu zwingen, kann es mit Zeitlohn daselbst erzielen wie im Allordlohn. Dem gesetzlichen Verbot der Allordarbeit kann es dadurch begegnen, daß es von den Arbeitern eine bestimmte Beleidigung im Zeitlohn erwirkt, was nichts anderes ist, als umgewandelte Allordarbeit mit denselben schlimmsten Wirkungen für den Arbeiter, die diese Arbeit hat.

Es liegt im Buge der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, daß in dem wichtigsten und größten Zweigen der Industrie die Allordlöhnung den Sieg über den Zeitlohn davonträgt; in unserer Großindustrie ist sie bereits die herrschende Lohnform geworden. Mit dieser Tatsache haben die englischen Arbeiter gerechnet, indem sie sich durch ihre gewerkschaftliche Organisation eine Regelung der Allordarbeit auf der Basis geregelter Arbeitszeit erlämpft. Auch die deutsche Arbeitersorganisation hat mehr und mehr im Zusammenhang mit dem Tarifgemeinschaftswesen ihr Bestreben darauf gerichtet, ausgehend von einem möglichst hoch bemessenen Stundenlohn und möglichster Beschränkung des Arbeitslages, dem Grundlage Geltung zu verschaffen, daß der Lohn für die Allordarbeit eines Arbeitsstages mindestens dem für diesen Arbeitsstag gesetzten Zeitlohn gleichkommen muß. Jedemfalls ist der gewerbliche Allordvertrag bereits die wichtigste Form des Arbeitsvertrages geworden. Damit ist ein neues Problem für die Rechtswissenschaft und die Gesetzgebung entstanden: der Allordvertrag muß im Zusammenhang mit umfassender Neugestaltung des Arbeitsvertrages — vorüber wir uns im Beitrag des Nr. ... unseres Blattes näher ausgesprochen haben — seine rechtliche Begründung und gesetzliche Regelung finden. Auf diese Notwendigkeit haben wir schon vor Jahren hingewiesen. Zu ihr hat sich auch der Deutsche Juristenrat betannt.

Die Frage des generellen gesetzlichen Verbotes der Allordarbeit kann als überblendet und ausgeschieden gelten. Aber eine andere Frage darf bei der gesetzlichen Regelung nicht unberücksichtigt gelassen werden, mit der wir uns auch schon früher beschäftigt haben: die des Verbotes der Allordarbeit in Industrien, die besonders gefährlich und aufreibend für die Arbeiter ist. Solche Verbote zu erlassen, erscheint unbedingt notwendig. Das hat auf dem Deutschen Juristentag der zweite Referent zu dem Thema: "Gesetzliche Regelung der Allordarbeit", Gustav Rat Meschels in Berlin ausdrücklich anerkannt. Er sagte, was früher schon oft in Versammlungen der organisierten Arbeiterschaft und in ihrer Presse ausgeführt worden ist: es erscheint ihm ungünstig, daß es kein besseren Unfallverhütungsmaßnahmen gebe, als die Verteilung der Allordarbeit in solchen Betrieben, wo durch sie nachweislich eine erhebliche Erhöhung der Unfallgefahr eintritt. In welchem Maße das auch in vielen baugewerblichen Betrieben der Fall ist, brauchen wir wohl nicht näher dargelegen. Unsere Leiter wissen, welche große Zahl von Betriebsunfällen im Baugewerbe und von Bauunfällen auf Rechnung der Allordarbeit zu sehen ist. Es würde vernünftig und gerecht sein, wenn das Gesetz die Ausführung

von Bauarbeiten, mit denen erhebliche Unfallgefahren verbunden sind, durch Arbeiter im Allordlohn unter ein Verbot stellt. Damit würde nicht nur den Rücksichten auf Leben und Gesundheit der Bauarbeiter und anderer Menschen gehörigend Rechnung getragen, sondern auch zugleich dem Submissionsunwesen und der damit verbündeten Unsolidität der Bauausübung entgegenwirkt. Denn diesem Unwesen und dieser Unsolidität ist ja gerade die Allordarbeit so sehr förderlich.

Sollte ein begrenztes Verbot der Allordarbeit nach den von uns angestellten Erwägungen nicht erfolgen, so muß das Gesetz wenigstens Garantien schaffen dafür, daß die schlimmen Konsequenzen dieses Systems möglichst verhindert oder vermindert werden. Zu diesen Garantien gehört in erster Linie eine gründliche, gewissenhafte, regelmäßige Bauaufsicht mit unbedingtem Strengmaß durchführenden. Einzug zur Innenaufsicht auseinanderhaltender Unfallverhütungsvorschriften. Damit wäre eine nicht zu unterschätzende Gewalt gegen die Ausartung der Allordarbeit gegeben. Es müßte hinzukommen die gesetzliche Ausschaltung des sog. Allordmeisters, ein Schmarotzerunwesen der schlimmsten Art, das gezeigt ist, die Entwicklung aller schlimmen Seiten der Allordarbeit, insbesondere auch die Erhöhung der Unfallgefahr, zu bewirken.

Die Frage der gesetzlichen Regelung der Allordarbeit ist durch die Verhandlungen und Beschlüsse des Deutschen Juristenrates in guten Fluss gebracht. Die organisierte Arbeiterschaft muß dafür sorgen, daß sie in Fluss bleibt und nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet. Sie ist in erster Linie bei Anpruch darauf, daß ihre Stellung zu dieser Frage gewürdigt und berücksichtigt wird.

## X

### Gau Leipzig.

Die Allordarbeit hat im Gau wenig Verbreitung. Von 98 befragten Orten haben nur 18 Orte teilweise mit Allordarbeit zu rechnen. Es sind dies: Werda, Falkenstein, Aue, Nebra, Cönnern, Hainichen, Annaberg, Waldheim, Flöha, Chemnitz, Plauen, Reichenbach und Raumburg. In sechs Orten werden teilweise auch die Mauern in Allord ausgeführt. Simplicia-Bauarbeit ist in 12 Orten üblich. In 10 Orten erfolgt auch bei einem Unternehmer der Abzug der Fassade in Allord. Aus weiteren 8 Orten wird berichtet, daß bei einzelnen Unternehmern der innere und äußere Putz in Allord hergestellt wird.

Die Übernahme der Allordarbeit erfolgt in 11 Orten durch Kolonnen unter gleicher Teilnahme am Verdienst. In einem Orte wird die Allordarbeit durch Zwischenmeister ausgeführt, die die Maurer in Zeitlohn beschäftigen. Der übliche Stundenlohn wird in 9 Orten garantiert. In 10 Orten wird jede Woche der sonst übliche Lohn ausgezahlt.

Aus sämtlichen Orten wird gemeldet, daß bei der Allordarbeit schneller als im Zeitlohn gearbeitet wird. Von 7 Orten wird mitgeteilt, daß sich die Arbeiter bei Übernahme der Allordarbeit konkurrieren machen. Ferner wird aus weiteren 7 Orten konstatiert, daß die Allordpreise bei gleicher Arbeit reduziert werden sind. In 30 Mitgliedschaften ist durch Versammlungsbeschuß jedes Mitglied verpflichtet, Allordarbeit bei Auskluß aus der Organisation zu meiden. Die Zahl der in Allord beschäftigten Maurer beträgt gegen 900 von 24 000 im Gau beschäftigten Maurern.

Wie das Namensverzeichnis der Orte ausweist, sind es außer Chemnitz und Plauen nur kleine Orte, wo Allordarbeit vorkommt, und dort wird sie wiederum zum Teil von Chemnitzer und Dresdener Maurern ausgeführt. Daß in den kleineren Orten Allordarbeit vorkommt, hat seinen Grund in der guten Baukonjunktur und den niedrigen Stundenlöhnen. Die Unternehmer brauchen Maurer und suchen daher solche in den Zeitungen, erhalten aber trotzdem keine, und solche, die darauf reagieren, bieten sich zur Allordarbeit an. Bei etwaigen Lohnbewegungen seien den Unternehmern ihre Hoffnung auf diese Elemente.

Die diesjährigen Lohnbewegungen in Waldheim, Döbeln und Reichenbach hatten nur solche Allordkolonnen als Streikbrecher. Diese Vorgänge zeigen uns das Nebel der Allordarbeit noch von einer anderen Seite. Die Unternehmer verfügen mit der Allordarbeit die Streikenden zu bekämpfen.

Die große Mehrheit der Kollegenschaft ist gegen die Allordarbeit, und es wäre unangebracht, einer Reform des Wort zu reden. Die obigen Zahlen beweisen, daß nur wenige Maurer darauf ausgehen, den Unternehmern Allordarbeit abzubekommen; anders kann es nicht genannt werden, denn in den meisten Fällen, wo bei Bauarbeit noch Allord vorkommt, sind es die Arbeiter, die den Unternehmer darum angehen, die Arbeit in Allord ausführen zu lassen.

Die Menschen fragen nicht danach, ob sich ihre Handlungswweise mit den allgemeinen Interessen der Kollegenschaft vereinbaren läßt; sie handeln eben unföldarisch. Am schlimmsten ist die Ausrede, sie müßten in Zeitlohn gerade so viel arbeiten als in Allord. Als ob dies die anderen 27 700 Maurer, die in Zeitlohn arbeiten, nicht auch herausfinden würden. Eine weitere beliebte Redensart dieser Leute ist noch die: sie könnten mit den Stundenlöhnen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen! 98½ pvt. der im Bau beschäftigten Maurer müssen ohne Allordarbeit auskommen, nun diese Minderheit kann es nicht. Wir müssen uns vergebens Mühe, daß die Maurer, die nicht in Allord arbeiten, ja alle der Organisation angehören und somit bestrebt sind, ihre Einkommen zu erhöhen. Die Sache liegt für die Herren Allordarbeiter so: sie wollen für sich Raubbau treiben, und daran müssen wir sie hindern, und zwar deshalb, weil ihr Tun und Treiben der Allgemeinheit Nachteil bringt. In Reichenbach riet mir ein solcher Streikbrecher zu, er könne für 32½ Stundenlohn seine Familie nicht ernähren. Diesem Menschen war bereits das Fahrgeld für drei Mann nach Zwiedau gegeben worden. Unser Vortragender Vertrauensmann hatte den Leuten Logis und auch Arbeit nachgewiesen. Am nächsten Tage war diese Gesellschaft wieder in Reichenbach und hatte die Arbeit aufgenommen. Streikbrecher, wollen sie aber nicht sein, weil sie mehr verdienten, als die Streikenden verlangten.

Bezüglich der Nachteile, die der Gesamtheit durch die Allordarbeit entstehen, braucht ich nur darauf zu verweisen, daß lediglich durch die Allordarbeit die Ausnutzung der Arbeitstrafe im allgemeinen größer geworden ist; es bleibt der Zeit überlassen, hierin Verbesserung zu schaffen. Jeder Preisfeststellung für Allordarbeit dient der Zeitlohn als Unterlage, mit dem Unterschied, daß nicht der volle aufgewendete Zeitlohn für das Stück in Rechnung gestellt wird, sondern der Preis nach unten gedrückt wird. Gewiß, es kann Fälle geben, wo der Arbeiter bei Zeitlohn noch besonders übermäßige Anstrengung einen höheren Wochenlohn erzielt, als sein Nebenkollege in Zeitlohn erhält. Dies ist aber nur möglich, wenn der Unternehmer oder der Gesellschafter von der praktischen Arbeit nichts versteht. Solche Fälle ereignen sich aber nur einmal. Bei der nächsten gleichen Arbeit werden dann die Preise bestimmt redigiert. Seit Jahren, überhaupt solange man angefangen hat, die Arbeiter zu organisieren, ist auf den langen Arbeitstag verwiesen worden. Nun war es uns möglich, den Arbeitstag um zwei bis drei Stunden zu reduzieren. Das Bestehe der Organisation ist auf Verminderung der Arbeitslosigkeit gerichtet. Die Leute, die in Allord arbeiten, tun das Gegenteil davon; sie tragen zur Verstärkung der Arbeitszeit gar nichts bei und wenn sie den Tag nur acht Stunden arbeiten würden. Wir müssen uns denken, daß für jeden Maurer, der über den ortsüblichen Zeitlohn hinaus verdient wird, Mehrarbeit geleistet werden muß. Nehmen wir an, der Tagelohn beträgt M 6. In Allord werden aber M 8 bis 9 ergiebt, dies sind M 2 bis 3 pro Tag mehr. Daß der Unternehmer den Allordarbeiter pro Tag ein Geschenk von annähernd M 3 zuladen läßt, wird wohl niemand behaupten wollen. Dieser Betrag wurde nur durch Mehrleistung erzielt. So dumm ist doch kein Unternehmer, für eine Arbeit, die er für M 8 haben kann, etwa M 9 zu bezahlen. Wenn an einem Arbeitstage bei neunstündiger Arbeitszeit M 6 verdient werden, der Allordarbeiter aber in derselben Zeit M 9 verdient, so hat er nicht nur neun Stunden, sondern 10 Stunden gearbeitet. Eine solche Ausnutzung der Arbeitskraft muß für die Gesamtheit der Arbeiter nachteilig sein. Die Allordarbeit ist doch wohl nur ein höchstes Gewächs der großen Städte. Die aufgemachten Statistiken über die Allordarbeit beweisen uns das.

Nach dieser Sachlage muß der Verband zu dieser Frage seine Stellung ändern. Die bisher bestandene Resolution in Sachen der Allordarbeit genügt nicht mehr.

Solange der Verband schwach war, war es nicht gut angängig, seinen Mitgliedern das Verbot der Allordarbeit aufzuerlegen. Heute brauchen wir darauf keine Rücksicht mehr zu nehmen; denn wir können wohl annehmen, daß unter den Maurern, die heute dem Verband noch nicht angehören, fast gar keine Allordarbeiter anzutreffen sein werden. Die Auflösung unter den Kollegen ist ja auch in dieser Frage fortgeschritten, d. h. die Auflösung ist in bedeutend größere Kreise eingedrungen. Wir haben jetzt schon Arbeitseinstellungen, die gegen die Allordkolonnen gerichtet sind, zu verzeichnen, und dies dürfte auch der Weg sein, die Allordkolonnen unmöglich zu machen. Vor a. bei Leipzig wollte sich eine Chemnitzer Allordkolonne fehlsehen, wogegen sich unsere Kollegen durch einen dreitägigen Streik mit Erfolg gewehrt haben. Jedenfalls werden sich die Kollegen in allen Orten, wo bis heute die Allordarbeit noch nicht üblich war, gegen ihre etwaige Einführung wehren müssen. Der Verband würde eine große Schwäche zeigen, wenn er vor der Allordarbeit Halt machen wollte. Diejenigen Maurer, die ausschließlich der Allordarbeit nachlaufen, sind doch nur solche Goofies, wie es die Streikbrecher auch sind. Wenn uns in früheren Jahren durch die Streikbrecher fast jeder Streik kaput gemacht wurde, so sind wir auch nicht zu der Folgerung gekommen: wir dürfen die Unternehmer nicht mehr durch Streiks angefeindet usw.

Ich bin der Meinung, daß der nächste Verbandstag mit ruhigem Gewissen befürchtet kann, daß sich die Verbandsmitglieder für die Zukunft jedeweils Allordarbeit zu enthalten haben. Der Verband hat heute eine ganz andere Position eingenommen, so daß wir nicht an ein Herzeilen der Organisation zu denken brauchen. Die Kollegen in den großen Städten, die in Spezialberufen in Allord arbeiten, werden einer veränderten Situation auch Rechnung tragen müssen.

Gustav Jacob.

### Die Organisation der Bauarbeiter in Frankreich.

(Nachdruck verboten.)

Die Organisation der französischen Bauarbeiter steht noch in jeder Hinsicht in den Kinderschuhen. Die erste gemeinschaftliche Organisation der Bauarbeiter, die sämtliche Berufe der Baubranche umfaßte, im übrigen aber nur eine sehr lose Kartellvereinigung lokaler Fachvereine war, wurde im Jahre 1889 gegründet und zerfiel im Jahre 1901 wieder. Die Ursachen dieses Zerfalls sind nicht ganz klar, doch scheint der Ausbruch einiger Gewerkschaften auf die Erhöhung der Centralbeiträge zurückzuführen zu sein. Der Sekretär der Organisation, der in Frankreich die Funktion des Vorsitzenden ausübt, legte sein Amt nieder und die Organisation verschwand, ohne daß selbst die Konföderation, die Zentralstelle der Gewerkschaften, informiert worden wäre.

Eine kurze Zeit bestand überhaupt Lemerie's Zentralorganisation des Baugewerbes. In den Jahren 1901 und 1902 wurden jedoch aus mehreren Organisationen gegliedert. Es wurde seitdem wiederholt der Versuch gemacht, sämtliche bestehende Bauarbeiterorganisationen in einem Industriekartell zu vereinigen, jedoch alle diese Versuche blieben bisher erfolglos. Es macht sich zur Zeit vielmehr das Bestreben geltend, neue Brancheorganisationen zu gründen, und zwar treiben die Erbauerorganisationen daran, sich eine eigene Organisation zu errichten. Gegenwärtig bestehen folgende Centralorganisationen: 1. Die Nationalföderation der Syndikate der Bauarbeiter; 2. die Nationalföderation der Syndikate der Maurer, Steinarbeiter und verwandter Berufe; 3. die Nationalföderation der Syndikate der Zimmerer; 4. die Nationalföderation der Syndikate der Baufacharbeiter und 5. die Nationalföderation der Syndikate der Mater und Anstreicher. Außerdem besteht noch eine sehr große Anzahl unabhängiger

Vollsachvereine, die teils keiner der vorgenannten Organisationen angehören, teils einer Vollsachverein, d. h. einer Vereinigung von Fachvereinen einer Provinz oder eines Departements angehören. Genaue Differenzen lassen sich leider hierüber nicht geben, da jede Verbindung mit diesen Organisationen fehlt und diese Vereine vielfach den gewerkschaftlichen Charakter entbehren. Als Überbleibsel der alten Künste besitzen sie sich teilweise nur mit Unterführungen. College Stord, der Sekretär der Nationalsozialistischen Bauarbeiter, schätzt die Gesamtzahl der bestehenden nicht sozialisierten Syndikate auf 500 und die der Vollsachvereine auf 20. Von den letzteren sind die bedeutendsten die von Nantes mit etwa 1000 Mitgliedern, von Dijon mit 300 Mitgliedern, die von Saint-Etienne mit 1000 Mitgliedern. Jedoch fallen diese Organisationen nicht sehr ins Gewicht, da ihre Aktion gleich Null ist. Die Zersplitterung, die eine der Ursachen der Schwäche der französischen Gewerkschaften ist, ist hauptsächlich auf die in historischen Überlieferungen begründete Abneigung gegen jede Zentralgewalt zurückzuführen. Von den bestehenden Zentralorganisationen, die sämtlich nur Kartellverbände von Fachvereinen sind, umfasst der Verband der Bauarbeiter sämtliche Berufe der Baustadt, und selbst Tapizerie und keramische Arbeiter, soweit sie Möbelplatten herstellen, fasz. alle Berufe, die beim Bauausbau tätig sind. Eine Feststellung der Mitgliederzahlen nach Berufen ist nicht möglich, da vielfach, besonders in kleineren Orten, die Angehörigen der Baustadt in einem Syndikat vereinigt sind. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt etwa 4500 bis 5000. Der Verband wurde im Jahre 1902 gegründet und hielt bisher drei Kongresse ab. Im ganzen gehören ihm 95 Syndikate an. Der Zentralbeitrag beträgt 10 Frs. pro Monat und Mitglied, der durchschnittliche Syndikatsbeitrag 75 Frs. monatlich. Seit kurzem ist ein fest bestimmter Sekretär angestellt; man erhofft dadurch einen Fortschritt der Organisation und womöglich eine Vereinigung sämtlicher Branchenorganisationen. Der Verband plant die Herausgabe eines Gewerkschaftsbüchles. Von sämtlichen Bauarbeiterorganisationen besteht zur Zeit nur die der Mauer ein Organ, das monatlich erscheint.

Die Organisation der Maurer, Steinärbeiter und verwandter Berufe umfasst Maurer, Stuckaturen, Erd- und Bauhilfsarbeiter und Steinmeisen. Angeflossen sind dem Verband 133 Syndikate mit etwa 6000 Mitgliedern. Im einzelnen ist auch hier die Mitgliederzahl nach Berufen nicht festgestellt, doch ist die Organisation vorwiegend eine Organisation der Maurer, Stuckier und Stuckaturen. Im Gegensatz zum Verband der Bauarbeiter hat die Organisation einen etwas zünftlerischen und gemäßigten Anstrich. So heißt es im § 2 der Nationalsozialistischen Organisation: „Mit allen möglichen Mitteln die Einschätzung unserer Berufe in einer Spezialindustrie zu erstreben.“ Zu Statut wird auch ausdrücklich die Aufstellung von Kandidaten für den obersten Arbeitsrat festgelegt, obwohl die Gewerkschaften unter dem Einfluss der Antiparlamentaristen die Beteiligung an den Wahlen zu dieser Röhrerpartei, die die Vorberatung sozialpolitischer Gesetzentwürfe obliegt, bisher stets abgelehnt hatten. Der Zentralbeitrag beträgt für 1 bis 25 Mitglieder monatlich Frs. 1, für 25 bis 40 Mitglieder Frs. 1,50, für 50 Mitglieder Frs. 2, für 100 Mitglieder Frs. 3. Die Centralisation ist also eine noch lose, als bei dem Bauarbeiterverband.

Nun noch einige kurze Angaben über die übrigen Zentralorganisationen der Bauarbeiter. Diese Angaben stützen sich auf die Mitteilungen des Kollegen Etard vom Bauarbeiterverband. Die Nationalsozialistische Mauer zählt etwa 1500 Mitglieder. In der Provinz ist sie noch sehr wenig vorgedrungen. Sie führt seit Jahren einen Kampf um das gesetzliche Verbot der Verwendung von Bleiweiß. Ein diesbezügliches Gesetz schwimmt zur Zeit in den Altersräten des Senats, dürfte jedoch in der bevorstehenden Parlamentsperiode zur Verabschiedung gelangen.

Der Verband der Bauschreiner zählt nach den in der Konföderation geahlten Beiträgen 2150 Mitglieder; seine effektive Mitgliederzahl dürfte jedoch höher sein.

Der Verband der Zimmerer, der für 400 Mitglieder Beiträge zahlt, hat etwa 1000 Mitglieder. Genaue Mitgliederzahlen können bei der herrschenden Organisationsform nicht gegeben werden, da die Organisationsleiter selbst darüber im Unklaren sind.

Anlässlich des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses soll durch den Bauarbeiterverband ein neuer Versuch der Vereinigung gemacht werden. Jemand welche Vereinbarungen zwecks gemeinschaftlichen Vorgehens bei Lohnbewegungen bestehen nicht. Es herrscht da noch eine starke Eifersüchte zwischen den einzelnen Organisationen, besonders zwischen den des Bauarbeiterverbandes und den des Verbandes der Maurer usw. An der verlorenen Achtstundensumme nahmen sämtliche Organisationen teil; alle auch mit dem gleichen praktischen Misserfolg. Jedoch ist die moralische Nachwirkung ziemlich erheblich, indem jetzt mehr Wert auf die Vertiefung der Arbeitszeit gelegt wird.

Was nun die Lohnverhältnisse betrifft, so herrscht hier vielfach ein schreinender Gegensatz zwischen Paris und der Prov. In Paris selbst sind die Löhne ziemlich gut. Sie betragen für ungelehrte Arbeiter 55 bis 75 Frs. pro Stunde, für gelehrte Arbeiter Frs. 1 bis Frs. 1,40.

In der Prov. sieht es dagegen noch ziemlich aus, besonders in den kleineren Orten. Diese Ungleichheit der Löhne zwischen Paris und der Prov. sind sie über alle Berufe erstreckt, und die oft so schreinend ist, dass Arbeiter desselben Berufes in der Prov. nur den dritten oder vierten Teil und noch darunter, des Lohnes ihrer Pariser Kollegen bekommen. Ist zum Teil durch den Mangel einer strengen einheitlichen Zentralorganisation zu erklären. Die kleinen Provinzorganisationen sind ganz auf sich selbst angewiesen und es fehlt ihnen meist die materielle Kraft und der nötige Impuls, um Lohnbewegungen durchzuführen. Die Organisation der Bauarbeiter in Frankreich steht erst am Anfang ihrer Entwicklung. Offenkundig gelingt es ihr, unter dem klaren Einfluss der geeigneten sozialistischen Partei, das Verjämme bald nachzuholen. Jr.

## Bentalkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 30. September bis 6. Oktober sind folgende Verträge eingegangen: Von der britischn. Verwaltung in Neuruppin M. 800, Nowame 300, Steglitz 300, Brieselburg i. d. Markt 250, Scharmbeck 250, Bötzow (Pommern) 200, Spandau 200, Groß-Weßen 200, Nauen 180, Brieselburg 151,83, Alt-Damm 150, Cosin 150, Neuzelle 120, Brieselburg 125, Plaue 100, Frankenhardt 100, Wölzau in Lauenburg 100, Nümburg 100, Oppeln 100, Düben 100, Kümmel 100, Leipzig-Görlitz 100, Neuenhagen 100, Wittenwalde 100, Mühlberg (Oberlausitz) 93,64, Görlitz 87,62, Baruth in der Markt 80, Regis 80, Thelau 70, Langendreis 50, Baruthen 50, Gosee 50, Ribben i. d. Lautz 40, Eilenburg 33,54. Summa M. 5011,83.

Bußfeste erhielten: Hannover M. 200, Stannheim 150, Bittau 100, Wannsee 75, Bütow 60, Groß-Steuendorf 50. Summa M. 685.

Utona, den 6. Oktober 1906.  
Karl Reiss, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Sterbekasse, Grundstein zur Einigkeit.

Ausgeschlossen auf Grund § 6 Ziffer 1 alinea a der Satzungen sind folgende Mitglieder:

Mrs. 37 Frau Ohlsen, geb. am 9. April 1841,  
447 Minna Schadt, geb. am 16. April 1862,  
2642 Maria Traubert, geb. am 2. Februar 1858,  
3615 Max Rosenfeld, geb. am 18. Januar 1868,  
3616 Clara Baumgarten, geb. am 30. Oktober 1876,  
3623 Maria Rosenfeld, geb. am 26. Januar 1868,  
3624 Charlotte Rosenfeld, geb. am 19. Februar 1902,  
2636 Clara Silbermann, geb. am 9. Oktober 1876,  
2923 Walther Südemann, geb. am 21. Januar 1900,  
3440 Georg Schnittig, geb. am 22. Januar 1879.

Der Vorstand.  
S. u.: W. Themar, Vorsitzender.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionsarten.

(Die Gewerkenvereinshörde werden dringend erachtet, über alle in ihrem Kreise bestehenden Unfälle, mit kurzer Ausführung der Begleitumstände und der übersehbaren Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Sowohl über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Ertrag von Arbeitsschutzbestimmungen und über Submissionsergebnissen.)

Werdau. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich hier am 5. Oktober, Nachmittags 25 Uhr, am Reparaturbau in der Ferdinandstraße, wo der Maurer Bernhard Leistner beim Aufrichten einer Decke vom Gerüst stürzte und das rechte Bein brach. Der Unglücksdiener mußte mittels Wagens in seine Wohnung transportiert werden. Leistner ist Vater von drei Kindern.

\* Submissionsblätter. Die Eisenbahndirektion in Hannover hatte zum 15. September für die Umgestaltung der Bahnanlagen zwischen Lehrte und Buntorf die Herstellung des massiven Unterbaues der Eisenbahnbrücke über die Nidlinger Biese in Station 235 und 70 der Umgehungsstraße in öffentlicher Submissions ausgeschrieben. Die Arbeiten und Lieferungen umfassen in der Brücke etwa 3850 cbm Bogenabut, 1880 qm Spundwände, 2745 cbm Beton, 2800 cbm Bruchsteinmauerwerk, 170 cbm Werksteine, 450 qm Wegebefestigung und 340 qm Weißerungsmauerwerk. Die Zustagsfrist ist auf vier Wochen, die Ausführungsfrist auf 20 Wochen festgesetzt. Es forderten: Max Küster-Hannover M. 163 265,25, W. Lübbicher-Magdeburg M. 178 218, G. A. R. Hinrichs-Hameln M. 180 720,05, Wilh. Castelli-Hannover M. 181 803, B. G. Lehmann-Hannover M. 188 384,25, C. R. Kreiner-Buntorf 190 881,50, Ludwig Lange-Hannover M. 192 196,45, Christian Wagner-Hameln M. 193 431,75, Anhalter Betonwerke Dessau M. 198 725,20, Baugesellschaft Michelsohn-Hannover M. 203 129, B. Grastorf-Kauf M. 206 047,80, Schuhmachers-Gehrte M. 235 798, Otto Grüttner-Genthin i. S. M. 226 471,75, A. Döme-Hannover M. 232 843, Bemetsbau-Alt.-Gc. Hannover M. 246 994 und Evers und Brandes-Hannover M. 267 665. Die Differenz zwischen dem Höchst- und Niedrigsteigen beträgt also nur die Kleinigkeit von M. 104 400.

ATK. Unterbrennbares Holz. (Nachr. verb.) Neben das Thema „Unterbrennbares Holz“ ist bisher schon soviel für und wider geschrieben worden, daß es zur Kennzeichnung der wahren Lage wohl nicht uninteressant sein dürfte, die Resultate von Versuchen zu erfahren, die unlängst von Professor Norton unter Mitwirkung von Edward Atkinson in Amerika ausgeführt worden sind. Leichter berichtet zunächst, daß er bereits vor 20 Jahren Holz, welches mit Ammoniumsalzen unter Druck behandelt worden war, auf seine Feuerfesterkeit untersucht und als gänzlich wertlos erkannt habe. Derart imprägniertes Holz wurde späterhin auf den Schiffen der amerikanischen Marine benutzt, ist jedoch seitdem wieder aufgegeben worden. Sein Werk ergibt sich daraus, daß einmal ein Feuerversicherungsbeamter sah, wie Teerfessel mit detarliertem Holz gezeigt wurden, wobei das angeblich unterbrennbares Holz, das vom Schiff stammte, sehr gut brannte. Es ergibt sich schon hieraus, daß bei mit Ammoniumsalzen behandelten Holzern von irgend einer Feuerfesterkeit nicht die Rede sein kann.

Neuerdings haben diejenigen, die sich mit der Herstellung derfeuerfesterer Holzer beschäftigen, den Ausdruck „unterbrennbar“ oder „feuerfester“ fallen gelassen und erläutern nur noch, daß ihr Holz unentzündbar sei. Sie verichern ferner, daß sie inzwischen große Fortschritte bei der Imprägnierung gemacht hätten und daß es daher z. B.

wieber berechtigt sei, daß die Verbundung ihrer Holzer in manchen Fällen von der New-Yorker Bauverwaltung vorgeschrieben wird. Unterschreitet sich man gerade in New-York vielleicht auf Widerstand leidender der Bauunternehmenfirmen, welche sich die Verbundung der feuerfesteren Holzer in den hohen Gebäuden widerstreiten. Man entschloß sich daher, neue Versuche auf diesem Gebiete in der amerikanischen Versicherungsversuchstation (Insurance Engi-

neering Experiment Station) anzustellen. Diese Versuche waren verschiedener Art. Bei einem der selben wurden Holzstücke von 15 cm Länge und 18 : 16 mm im Querschnitt in eine elektrisch geheizte Pfanne gebracht, die dauernd auf einer gleichmäßigen Temperatur von rund 1000° C gehalten wurde. Das Holz wurde hierbei untersucht, während es 1, 2 und 5 Minuten in der Pfanne gewesen war. Die Prüfung zeigte, daß keine der Proben flammenlos war. Es erwies sich indes doch, daß unbehandeltes Holz schneller entflamm wurde bei der Erhitzung und daß auch bei demselben die Flamme längere Zeit anhielt. Analysche Resultate ergaben sich, wenn man Holzproben auf eine Metallplatte legte, die genügend heiß war, um das Holz zu entzünden. Die in der Regel in New-York offiziell angewandte Verarbeitungsmethode wird von Professor Norton sehr abfällig beurteilt. Dieselbe besteht darin, daß ein Stück Holz von etwa 25 mm Querschnitt und etwa 30 bis 40 cm Länge in die Flamme eines Bunsenbrenners gehalten wird. Hierbei wird dann entweder die Zeit beobachtet, die erforderlich ist, um das Stück durchzubrennen, oder diejenige Menge Holz, die nach einer gewissen Zeit noch intakt ist. Professor Norton erklärt, daß er beschreibt habe, daß unpräparierte Holzproben bei diesem Versuch gleiche oder bessere Resultate zeigten als imprägnierte Stücke. Er spricht dabei die Ansicht aus, daß es möglich sei, daß Proben, die nach dieser Unterarbeitungsmethode als feuerfest gelten hätten, in der Tat besser seien als der Durchschnitt. Die besten Resultate werden nach Norton durch folgenden Ver-

such erzielt: Man schöpft etwa 40 Stücke jedes von 15 cm Länge und quadratischem Querschnitt von 16 mm Seitenlänge rechtwinklig ineinander auf einem Rost oder auf einem Drahtrost auf. Hierdurch entsteht ein kleiner Holzofen von etwa 15 cm Höhe mit zahlreichen Dehnungen, durch die die Luft durchstreichen kann. Wenn dieser dann über einen Bunsenbrenner gestellt wird, so kann man bequem feststellen, ob die Flamme schnell wieder verlöscht oder längere Zeit anhält und ob sie sich von Punkt zu Punkt schnell ausbreitet. Ebenso kann auch leicht kontrolliert werden, wie lange Zeit zur Verbrennung des ganzen Holzstückes erforderlich ist und ob die entzündete Stütze nicht oder weniger intensiv ist. Proben dieser Art zeigten, daß das heutzutage in Amerika hergestellte imprägnierte Holz bereits besser geworden ist, als es von drei Jahren war. Damals war es noch leicht, die Holzstücke in Flammen zu setzen. Materialreste, die von dieser Zeit noch aufbewahrt und zum Vergleich mit neuem Materialien jetzt geprüft wurden, zeigten dies deutlich. Im allgemeinen ergaben diese Versuche, daß das imprägnierte Holz zweierlei schwerer zu entflammen war und weniger intensiv brannte, als unbehandeltes Holz. Dieses Resultat wurde auch durch andere Proben, die zu Kontrolle angestellt wurden, bestätigt.

Überließt man die Versuche im ganzen, so zeigt sich, daß manche Ursachen, welche unbehandeltes Holz in wenigen Stunden in Flammen setzen würden, auf präpariertes Holz jedenfalls wenigstens eine längere Zeit hindurch, etwa 5 Minuten, einwirken müssten, um die Entzündung herbeizuführen. Ferner ist die Flamme und die Hitze bei brennendem präpariertem Holz weit geringer, so daß die Gefahr der Weiterbreitung eines Brandes bei unbehandeltem Holz weit größer ist. Im Laufe der Zeit scheint sich bei präpariertem Holz, wenn es sich an trocknen Orten befindet, eine Verschlechterung der Entzündbarkeit nicht bemerkbar zu machen. Andererseits fand Professor Norton, daß die Qualität der einzelnen Sorten großen Verschiedenheiten unterworfen ist, und daß es daher unmöglich ist, von vornherein durch Versuch ganz einwandfrei für diese oder jene Sorte die relative Hitze festzustellen. Sehr wichtig ist hier noch die Tatsache, daß im praktischen Leben alle Holzteile meist angegriffen oder lädiert sind und daß dadurch, wenn wirklich das Holz selbst in seiner Feuerfeschlichkeit etwas vermindert worden ist, in seiner Feuerfeschlichkeit wieder wesentlich beeinträchtigt wird. Nach allem ergibt sich, daß zwar zweifellos ein gewisser Fortschritt erzielt ist bezüglich der feuerfesteren Imprägnierung von Holzern, daß dieser Fortschritt jedoch nicht derart ist, daß er als zwingende Begründung für behördliche Vorschriften zur Verbrennung imprägnierter Holzer an einzelnen besonders exponierten Stellen herangezogen werden könnte.

ATK. Eine neue Vorrichtung zur Herstellung von Kunststein. (Nachr. verb.) Bei der Herstellung von Kunststein in größeren Fabrikationsbetrieben kommt es wesentlich darauf an, die gefärbten Massen, mögen sie nun aus Gips, Gement oder sonst einem geeigneten Material bestehen, auf mechanischer Weise auf eine glatte Platte zu überführen, und zwar daran, daß sie von selbst ineinander liefern, so daß sich die dem natürlichen Marmor oder anderen Naturgesteinen eigenständige Minerale und Überzeichnung von selbst bildet. Eine bekannte Methode besteht z. B. darin, daß man aus zwei, drei oder auch mehreren nebeneinander angeordneten Behältern, in denen die verschiedenenfarbigen Massen bereitet werden, durch Öffnungen im Boden die Massen auf eine Platte fließen läßt, die mit einer Randschicht versehen ist. Das Verfahren ist nicht sehr vollkommen, weil die Massen doch eingerollten zähflüssig gehalten werden müssen, damit sie sich nicht vollkommen vermischen und die Farbschichten gegeneinander begrenzt werden. Von der Zähflüssigkeit hängt aber dann im wesentlichen auch die Zeitung ab, welche nicht sehr manigfaltig ausfallen kann. Nach einem anderen Verfahren bringt man unregelmäßige Stücke, die man aus Gemenplatzen verschiedener Färbung durch Zerkleinern gewonnen hat, auf eine Glasplatte, ordnet sie ganz nach Beiben und giebt dann flüssigen Gement, den man ganz nach Laune färben kann, darüber aus, so daß sich alle Fugen füllen. Nach dem Erhitzen wird die Platte von der Glasschale abgehoben und an der Sichtfläche abgeschliffen und poliert.

Bei beiden Verfahren wird die Sichtfläche durch eine Ebene bzw. glatte Platte erzeugt, auf welche breitartige oder flüssige Massen aufzuliegen. Nach einem neuen Patent der Dortmunder Kunststeinfabrikat. Max Brabänder soll die Zeichnung des Marmors vermittelst einer zwischen den vereinigten Masseläufen und der Platte eingeschalteten Vorrichtung manigfacher und reicher gestaltet werden, so daß der Fabrikant dem Interessenten eine ganz grobe

Kollektion von Marmorproben der verschiedensten Färbung und Bezeichnung vorzulegen vermag. Aus den Majestäten, deren Böden mit Schilf oder Löchern verfeinert sind, fließt nach diesem Patent die Masse unter gleichzeitigem Hin- und Herschwingen der Rästen auf ein durchlöchertes Blech und durch dieses erst auf die Glasplatte. Von der verschiedenen Form, Zahl und Anordnung der Löcher des Bleches hängt die Bezeichnung des Marmors ab. Es wird einleuchten, daß man durch Löcher von sehr verschiedenen Durchmessern, durch runde oder fächerförmige Durchbohrungen, welche dicht oder weit voneinander, regel- oder unregelmäßig angeordnet werden können, eine überaus mannigfache Bildern, oder Abzeichen erzielen muß. Ein halbes Dutzend durchlöcherte Bleche wird nun also für eine Kunstmarmorfabrik schon ein wichtiges Mittzeug darstellen, die Auswahl der Erzeugnisse zu bereichern. Aus diesen Gründen verdient die einfache Erfindung jedenfalls Beachtung.

F. H.

### Ans anderen Berufen.

\* Der Buchdruckertarif ist nun auf weitere zehn Jahre abgeschlossen worden. Der neue Tarif bringt den Buchdruckern eine zehnprozentige Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Woche, die auf den Sonnabend verrechnet wird. Außerdem ist zwischen der Gehilfen- und Prinzipalsorganisation ein Gegenseitigkeitsvertrag geschlossen worden, wonach die Mitglieder der Gehilfenorganisationen nur bei organisierten Prinzipals konditionieren, und anderseits die Prinzipale nur im Buchdruckerband organisierte Gehilfen beschäftigen dürfen. Über diesen Teil der Tarifabschmiedungen meldet jedoch der „Korrespondent“ noch nichts; man wird daher noch abwarten müssen, ob die Meldungen der Tagespresse in diesem Punkte zutreffend sind. Über die vereinbarten neuen Lohnsätze teilt der „Korrespondent“ in seiner letzten Nummer mit: Das Minimum des gewinnlosen Gehalts wurde festgesetzt auf M. 18 pro Woche für das erste Gehilfenjahr, auf M. 28 für Gehilfen bis zum Alter von 21 Jahren, für solche von 21 bis 24 Jahren werden M. 24, für über 24 Jahre alte Gehilfen M. 28 Wochenlohn festgesetzt. Bei diesen Minimalzahlen treten dann noch die örtlichen Lohnzuschläge. Außerdem ist nach fünfjähriger Dauer des Tarifs eine Revision der Lohnsätze vorgesehen, die eine Erhöhung erfahren sollen, wenn veränderte Lebensbedingungen oder technische Veränderungen u. a. eine solche als geboten erscheinen lassen.

Man wird sich erinnern, daß aus dem Lager der berufsmäßigen Schafnamer fortgeht gegen den Abschluß des Buchdruckertarifs Intrigen und gehetzt wurde, trotzdem ist dies große Werk aufs neue gelungen. Für die weitere Entwicklung des ganzen deutschen Tarifwesens hat das eine große Bedeutung.

### Polizei und Gerichte.

\* Freigesprochen wurden am 2. Oktober zwei unserer Kollegen von dem Schöpfgericht in Wiesbaden. Sie waren angeklagt, bei dem dortigen Streit am 23. Juli auswärtige Männer und Weibchen durch Bedrohung gezwungen zu haben, die Arbeit einzustellen und sich der Streikbewegung der Maurer anzuschließen. Die beiden Angeklagten gaben zu, die betreffenden Arbeiter im Interesse der Arbeiterschaft zwecks Herbeführung besserer Löhne und zur Besserstellung der Lebenslage bestimmt zu haben, die Arbeit einzustellen; sie betonten aber dabei ausdrücklich, daß in keiner Weise ein Zwang oder Druck solle ausgeübt werden; im Gegenteil, jedem Arbeiter sollte der freie Willen gelassen werden. Diese Behauptung wurde auch von sämtlichen Zeugen bestätigt; nur ein Weibchen von Bernbach will mit Zofschlag bedroht worden sein. Allein diese Aussage erschien dem Gericht nicht bestimmt genug, um eine Verurteilung herbeizuführen, und beide Angeklagten wurden freigesprochen.

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 1 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt hervorheben wir hervor: Jena. — Der Parteitag von Mannheim. Von A. Kautsky. — Der Sorgelose Briefwechsel. Von Franz Mehring. — Die französische Presse in den ersten Jahren der großen Revolution. Von Heinrich Gunow. — Handlungen in der Heilfunde und ihre Bedeutung für das Proletariat. Von Dr. Hermann Vogl. — Die Ausdeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Parteischrift. Von Richard Wagner. — Internationales Sozialistisches Bureau. — Literarische Rundschau: Pauli, Igl, Lebensdrang. Von Franz Diederich.

Die „Neue Zeit“ erschien wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Klopertore zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnommen werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Von Morris Hilquist. Übersetzt von Karl Müller-Wernberg. Verlag von J. C. B. Mohr (Nagel) in Stuttgart. XVI und 388 Seiten. Preis broschiert M. 2.50, gebunden M. 3. Für Vereine ermäßigte Preise.

Dass der moderne Sozialismus bestimmt ist, in der politischen Entwicklung der Vereinigten Staaten eine hervorragende Rolle zu spielen, ist jedem Einsichtigen längst klar geworden. Indessen, außer den Darstellungen des utopischen Sozialismus und der kommunistischen Versuche in den Vereinigten Staaten, ist über die moderne Arbeiterbewegung in der Neuen Welt nur sehr wenig Zusammenhängendes in Europa bekannt geworden.

Der Verfasser, ein bekannter Rechtsanwalt in New-York, teilt sein Buch in zwei Teile. Davon gibt der erste längere Teil eine Darstellung der zahlreichen Bewegungen, die Kommunismus praktisch in den Vereinigten Staaten zu verwirklichen mit dem Resultat, dass alle derartigen Versuche verunglückten, ja verunglückten mukten infolge unzureichender Mittel und Eigenbrüderlei, die fest und steif behauptete, den Stein der Weisen in der Tasche zu haben.

In der zweiten Abteilung behandelt der Verfasser den modernen Sozialismus, und zwar steht er hier ganz auf dem Boden der Marxistischen Lehre, doch eine Gesellschaftsform nicht früher geändert wird, bis die ökonomische Entwicklung sie zur Änderung gereift hat; und das die Zukunft der menschlichen Gesellschaft nicht in den finnreichen Plänen und Erfindungen irgend eines sozialen Philosophen zu suchen ist, sondern in der Richtung der ökonomischen Entwicklung.

F. A. Gorge in Hoboken, ein genauer Kenner der amerikanischen sozialistischen Bewegung, empfiehlt das Buch in einer Einführung und sagt zum Schluß: „Das Buch ist lebens- und empfehlenswert undfüllt wirklich eine Lücke aus in der Literatur. . . . Es bietet eine staunenswerte Fülle von Wichtigem und Interessantem, und Sprache, Ton und Stil erscheinen tadellos.“

„Blut und Eisen“, Krieg und Kriegerkunst in alter und neuer Zeit ist der Titel des von Hugo Schulz verfassten dritten Bandes der unter dem Gesamtmititel „Kulturbücher“ von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin herausgegebenen populären Abhandlungen aus der Kulturgeschichte. Die grausame Kriegsgefäß der gesamten Menschheit ist der Krieg. Die Forschung der Politik mit gewaltsamen Mitteln“, wie der preußische General v. Clausewitz so harmlos sagt — der vulkanische Ausbruch der unter dem dünnen Hirns der Kulturstadt angestauten Barbarei, wie er dem Freunde friedlicher Entwicklung erscheint.

Der Verfasser gibt in seinem Werk eine historische Darstellung der einflussreichen Rollen, welche der Krieg im Leben der Völker gespielt hat. In zusammenhängenden historischen Streifzügen geht er, welche Krieg der Krieg gestiftet hat und welche Verbündungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Ohne jegliche Entrüstung und Sensationsrichtung zeigt der Verfasser auch, wo der Krieg, wie z. B. in der großen blutigen Auseinandersetzung zwischen Japan und Russland, einen kulturellen Prozeß gefördert hat.

Aus der Kriegsgeschichte erschließt sich die Militärgeschichte, und es wird überzeugend nachgewiesen, wie die Formen des Kriegsführers durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit.

Auch dieser Band ist in durchaus leicht verständlicher, flüssiger Sprache geschrieben und mit Bildern und historischen Dokumenten z. reich illustriert. Das Werk erscheint in 60 Lieferungen à 20 Pf.; jede Woche wird ein Heft ausgegeben.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Klopertore sowie die Ausdrucker dieser Zeitung entgegen. Auch können die Veröffentlichungen direkt beim Verlag aufgegeben werden.

**Sozialdemokratie und Anarchismus.** Von Wilh. Herzberg. Ludwigsen a. Rh. Gerisch & Cie. Preis 20 Pf. Die Schrift ist eine gründliche Abrechnung mit dem Anarchismus und dessen neuem Umler, dem Anarcho-socialismus. Ausführlich zergliedert sie die Theorie des individualistischen und kommunistischen Anarchismus und zeigt die Schädlichkeit der anarchistischen Taktik für die moderne Arbeiterschwung. Im Gegenzug dazu ist die Theorie der Sozialdemokratie in klarer, überzeugender Weise entwickelt und die Notwendigkeit und Möglichkeit der bisherigen sozialdemokratischen wie gewerkschaftlichen Taktik erwiesen. Ein längeres Kapitel beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Gewerkschaften und Anarchismus. Die Schrift verdient, dass sie einem Bedürfnis entspricht, auch durch die Gewerkschaftsorganisationen die weiteste Verbreitung, der der billige, für Massenvertrieb und Wiederverkauf noch verminderte Preis entgegenkommt.

### Briefkasten.

\* Zur Beachtung für unsere Korrespondenten. „Was Du tun willst, das tue bald!“ Wer dem „Grundstein“ etwas zu berichten hat, der soll damit nicht Tage oder gar Wochen lang warten, sondern alle Vortommische sofort melde. Dies gilt insbesondere für *Vauvalle* &c., nicht minder aber auch für *Verhandlungsberichte*, *Redaktionsschluss* ist für die jeweilige Nummer des „Grundstein“ am Dienstag Morgen. Längere Berichte haben in der Regel nur dann Aussicht auf sofortige Erledigung, wenn sie spätestens Montags Vormittag eingehen.

„Des Verreiches Kürze sei seine Würze.“ Schreibe kurz und bündig, was sich zugefragt hat und lass Dich nicht gelüst, durch ältere Weitschweifigkeiten und unangebrachte Phrasen Deinen Stil zu verzieren.

Für Mitteilungen, die zum Abrund im „Grundstein“ bestimmt sind, benutzt man nur eine Seite des Papiers.

Benutze Papier, möglichst von weißer Farbe, in der Größe von etwa 15 cm Breite und 25 cm Länge; lasse oben und unten einen Rand von je 2 cm und an einer Längsseite einen solchen von mindestens 4 cm. Der Abstand zwischen den Zeilen soll nemal weniger als 1 cm sein. Die einzelnen Blätter sollen nicht zusammengeheftet, sondern numeriert werden. Ausnahmen in der Papierergießerei sind nur bei Tabellen statthaft.

Schreibe stets mit gut leserlicher Tinte (rot ausgeschlossen)

und vergiss nie, mit Deinem Namen zu unterzeichnen. Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt.

Nimm Küberls, die zu dem Papierformat passen, damit unzählige Brüche vermieden werden.

Wer diese Regeln beachtet, ist uns als Berichterstatter lieb und angenehm. Wer doggen verfährt, erschwert der Redaktion unübertragbar die Arbeit und darf gewarnt werden, daß bei großem Störfandrum seine Berichte aufgeschoben werden oder gar in den Papierkorb wandern.

Unfrankierte oder nicht genügend frankierte Briefe und Karten werden nicht angenommen.

**Bittan, C. M.** Es ist und mindestens ebenso unangenehm wie Ihnen, wenn Orte im Streifregister geführt werden, deren Bewegung längst vorüber ist; aber könnten Sie — und das gilt für alle Zweigvereine — bei der Nachricht vom Ende der Bewegung nicht auch zugleich angeben, auf welche Orte sie das getroffene Abkommen erstreckt? Dann könnten nämlich derartige Dinge kaum vermieden werden.

**Preyslan, C.** Versuchen Sie, die Kollegen auf andere unmittelbarere Weise zu erinnern, vielleicht durch ein den örtlichen Zuständen angepaßtes Flugblatt. Das von Ihnen eingesandte Klagedatum im „Grundstein“ abdrucken, hat gar keinen Zweck.

**Wiesbaden, N. L.** Ja!

**Dresden, W. R.** Sie können ganz beruhigt sein; auch in Hamburg berechnet man Pyramiden g.  $\frac{1}{8}$ . Im übrigen besten Dank für die Aufmerksamkeit.

**Borghorst, C. B.** Auch mit 70 Jahren muss man noch Steuern zahlen, wenn man ein Einkommen danach hat. Nur das Einkommen spielt eine Rolle bei der Steuerabnahme, das Alter nicht.

**Görlitz, G. M.** Die Aufnahme Ihrer Verhüllung lehnen wir ab, da Sie etwas berichtigten wollen, was gar nicht behauptet worden ist.

### Anzeigen.

#### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben mitgetheilt werden.)

**Berlin.** Am 1. Oktober starb unser Mitglied **Karl Hoffmann** im Alter von 61 Jahren an Lungentuberkulose. — (Sektion der Bürger.) Am 29. September starb unser altes Ehrenmitglied **Karl Hellmuth** im Alter von 74 Jahren an Herzkrankung.

**Blankenburg a. S.** Am 30. September starb unser Mitglied **Fritz Schaaf sen.** im Alter von 62 Jahren an Herzschlag.

**Breslau.** Am 1. Oktober starb unser Kollege **Paul Pinzer** im Alter von 34 Jahren.

**Crefeld.** Am 3. Oktober starb unser Kollege **H. Uebach** infolge Einatmens giftiger Gas im Alter von 39 Jahren.

**Görlitz.** Am 30. September starb unser treuer Kollege **Johann Thiede** im Alter von 48 Jahren infolge eines Unfalls. Wir verlieren in ihm ein eifriges Mitglied.

**Flensburg.** Donnerstag, den 4. Oktober, verstarb unser Kollege **Martin Grün** im Alter von 58 Jahren.

**Freising.** Am 5. Oktober starb, von uns allen betrauert, unser treuer Kollege **Anton Schwarz** im Alter von 34 Jahren.

**Hamburg.** Am 29. September starb nach sechsjährigem Leiden an der Verlustkrankheit unser Kollege **August Ehrhorn**, 46 Jahre alt. Er war der Gründer der Maurer- und Zimmererorganisation in Hulum und für diese stets in ersterbenswertem Sinne tätig.

**Marburg-Dutenbach.** Am 29. September starb unser Verbandskollege **Ernstrich Dörre** nach langem Nierenleiden im Alter von 30 Jahren.

**München.** Am 23. September starb unser Verbandskollege **Josef Haselreiter** nach längerem Leiden an der Prostaterkrankheit im Alter von 31 Jahren.

**Penzlin i. M.** Am 2. Oktober starb unser treuer Verbandskollege **Fritz Schröder** im Alter von 68 Jahren an Herz- und Muskelverwitterung.

**Rudolstadt.** Am 3. Oktober starb nach langem Leiden unter Verbandskollege **Albert Heyder** an Rippenfistulierung im Alter von 50 Jahren.

**Weilnau s. Mainz.** Am 1. Oktober starb infolge Blutung des Gründers unserer Galerie, der Kollege **Karl Jertz**, im Alter von 43 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

### Schönebeck a. d. Elbe.

Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist jetzt: **Friedrich Schmohl**, Felgeleberstr. 25. [M. 1,20]

### Verbandsverhandlungen der Maurer.

Sonntag, den 14. Oktober.

**Croppenstedt.** Nach 4 Uhr in der „Plantage“.

Montag, den 15. Oktober.

Berlin. (Bezirk Norden Land II.) Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr bei Werner, Schusterstraße 23/24. — T. O.: Bericht von den Vertreterversammlungen.

Donnerstag, den 18. Oktober.

Berlin. (Bezirk Süd-West.) Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr bei Habel, Bergmannstr. 67, großer Saal. — T. O.: Weiße Forderungen stellen wie für das nächste Jahr den Unternehmensbericht.

— (Bezirk Nord.) Abends 8 Uhr in den „Unternehmensberichten“. — T. O.: Bericht über die Berufsförderung im nächsten Jahre.

— (Bezirk Ostanhalter Vorstadt.) Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr in den „Vorussia-Sälen“, Auerstädt 67. — T. O.: Stellungnahme zu den den Unternehmensberichten.

— (Bezirk Ostanhalter Vorstadt.) Abends 8 Uhr in den „Vorussia-Sälen“, Auerstädt 67. — T. O.: Bericht aus der Vertreterversammlung.

Berlin-Reinhaldendorf. Weiße Forderungen geben wie den Unternehmensberichten für das nächste Jahr zu unterbreiten?

**Steglitz-Berlin.** T. O.: Unsere Forderungen für 1907.

Sonnabend, den 20. Oktober.

**Aken.** Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Sonntag, den 21. Oktober.

Berlin. (Gruppe Remscheider.) Vorm. 10 Uhr im Gewerbeschauhaus, Engelstraße 15. Saal I. — T. O.: Vorbericht.

Bernsdorf B.-L. (Torgau). Abends 8 Uhr im Gasthof „Zum Bären“.

Jessen. Nachm. 5 Uhr Besprechung in der Wohnung des Kollegen Wilhelm Kloß.

Wiesenburg. Nachm. 5 Uhr im Gasthof „Zum Hirschen“.

Zentral-Krankenhaus der Maurer usw.

Sonntag, den 21. Oktober.

Berlin. (Gruppe Remscheider.) Vorm. 10 Uhr im Gewerbeschauhaus, Engelstraße 15. Saal I. — T. O.: Vorbericht.

Bernsdorf B.-L. (Torgau). Abends 8 Uhr im Gasthof „Zum Bären“.

Gr.-Lichterfelde. Nachm. 5 Uhr im Lokale von A. Weiß, Chausseestraße 10.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.